



1. Ferdinand Karnath

Berlin, den 22.11.2013

(Wahlberechtigter n. § 2 II WahlPrG)

2. Ferdinand Karnath in Vertretung der

DNV als Partei n. Art.21 GG i. V. m. d. PartG

(Gruppe von Wahlberechtigten n. § 2 II WahlPrG)

3. Ferdinand Karnath in Vertretung der „Firma“

DNV auf Basis des Handelsrechtes (BGB)

(Gruppe von Wahlberechtigten n. § 2 II WahlPrG)

An den

Deutschen Bundestag

Wahlprüfungsausschuss

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Persoenliche Abgabe/Uebergabe

Wahlprüfungersuchen nach Art. 41 I/II GG per Beschwerde

Einspruch gegen die Gültigkeit der Wahl zum 18. Deutschen Bundestag vom 22.09.2013 nach Art.41 I GG i. V. m. Paragraph 2 Wahlprüfungsgesetz

Werter Bundeswahlprüfungsausschuss,

Bezugnehmend auf die an Sie ergangene Vorankündigung des Einspruches gegen die Wahl zum 18. Deutschen Bundestag, lediglich durch die Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV) vom 23.09.2013 erhoben, bitte ich, als beauftragter Bundesvorsitzender, diese Einspruchsvorausmeldung ohne Begründung nicht weiter zu bearbeiten und diesen, durch den nachfolgenden Einspruch, in drei Ausrichtungen von Einsprechenden differenziert, zu ersetzen.

Für den gesamten folgenden Einspruch für die Einsprechenden nach Nr. 1 – Nr. 3 möge hinsichtlich der Bewertung seines Inhaltes und seiner Ausgestaltung gelten, dass durch den Wahlprüfungsausschuss des Bundestages nicht die Devise zugrunde gelegt wird: „Gleiches Recht für alle“, sondern konsequent und stringent die Form: „Gleiches Recht für Gleiche“ auf die Einsprechenden nach Paragraph 2 Abs. 2 WahlPrG Anwendung findet.

Daraus abgeleitet wird ergänzend darauf hingewiesen, dass der Einsprechende bzw. die Einsprechenden sich aus den seinerzeit negativen Erfahrungen mit dem Bundeswahlausschuss und dem diesen vorsitzenden Bundeswahlleiter vom 04.07.2013, ausdrücklich das Recht der gleichberechtigten Deutungshoheit für a l l e diesem Einspruch zugrunde liegenden gesetzlichen Vorschriften und sonstigen Rechtsverordnungen, vorbehalten. Dies gilt auch für alle ansonsten heranzuziehenden Unterlagen, Dokumente und aussagefähigen Fakten.

Ferner wird abschliessend darauf hingewiesen, dass der gegenwärtig amtierende Bundeswahlprüfungsausschuss den in diesem Einspruch genannten Einsprechenden bitte durchgehend den Massstab einer „Person bzw. Personengruppe aus der juristischen Laiensphäre“ anlegen möge. In so fern ist analog dem Verwaltungsverfahrensgesetz

das konkrete Begehren zu ermitteln und auch bei Verstaendnisfragen eine Eroerterung mit einvernehmlicher Klaerung anzustreben und Hilfe zu leisten. Die Einsprechenden sind Buergerinnen und Buerger des deutschen Volkes mit Gleichberechtigungsanspruch und Wuerde, die die Hilfe und den Schutz Ihrer Einrichtung als Institution suchen und keine politischen Gegner darstellen, die es aus parteipolitischen Gruenden gilt, zu bekaempfen und als politisch Andersdenkende mit ihrem berechtigten Anspruch abzuwehren.

Abschliessend wird darauf hingewiesen, damit dieser Einspruch bei ablehnendem Bescheid n i c h t beim Bundestag als Rechtsmittel endgueltig endet, dass der Einspruchsteil zum Einsprechenden nach laufender Nr. 1 absoluten Vorrang vor dem Einspruchsteilen zu Nr. 2 und Nr. 3 hat, damit anschliessend der Weg zum Bundesverfassungsgericht mittels Wahlanfechtungsbeschwerde moeglich und offen bleibt.

A. Einspruch gegen die Wahl zum 18.Deutschen Bundestag

1. Einspruchsnormtatbestand

Paragraph 2 Abs. 2 WahlPrG

(2) Den Einspruch kann jeder Wahlberechtigte, jede Gruppe von Wahlberechtigten und in amtlicher Eigenschaft jeder Landeswahlleiter, der Bundeswahlleiter und der Präsident des Bundestages einlegen.“

2. Einspruchsberechtigte

a) „...jeder Wahlberechtigte,...

Hiermit erhebe ich, Ferdinand Karnath, als private Einzelperson und gleichwohl Wahlberechtigter im Sinne des Paragraphen 2 Abs.2 WahlPrG, für ausschliesslich meine Person geltend, einen Einspruch im obigen Sinne gegen die stattgefundene

Bundestagswahl vom 22.09.2013. Die erforderliche Waahlbarkeitsbescheinigung in Kopie entnehmen Sie bitte der beigefuegten

A n l a g e Nr. 1

dieses Schriftsatzes.

Ich erwarte, in Anlehnung an das vorangegangene rechtswidrige Verhalten des Bundeswahlausschusses und dem daraus seinerzeit resultierenden Ergebnis der Nichtzulassung zur Bundestagswahl, dass dieser Wahlpruefungsausschuss meinen Einspruch ebenfalls ablehnend bescheiden wird. Für diesen Fall möchte ich anschliessend das Rechtsmittel der Wahlanfechtungsbeschwerde beim BVerfG nutzen.

b) „...jede Gruppe von Wahlberechtigten,...“

Paragraph 2 Nr. 2 WahlPrG enthaelt eine Aufzaehlung der Einspruchsberechtigten in allgemein gueltiger Form, kann demnach von mir als Einsprechender zu a), im Rahmen der mir zustehenden Deutungshoheit, als nach Art.3 GG gleichzubehandelndes Gegenueber des Bundeswahlpruefungsausschusses, dahingehend ausgelegt werden, dass der Einspruch meiner Einzelperson zu a) auch mit dem Einspruch einer Gruppe von Wahlberechtigten zusammengefuehrt werden kann, weil die Aufzaehlung des Absatzes zwei durch das Weglassen von trennenden Hinweisen, wie „und“ und/oder „oder“ in dieser Weise gelten kann.

In so fern erhebe ich hiermit unter b) im Namen und im Auftrag einer Gruppe von Wahlberechtigten, in der Auspraegung als politische Partei, bestaetigt und anerkannt mit und durch die Entscheidung des BVerfGes vom 23.07.2013, in der Sache 2 BvR 3/13 als Partei im Sinne des Art.21 GG und den massgeblichen Vorschriften des PartGes, mit dem Namen „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV), als Bundesvorsitzender einen Einspruch nach dem WahlPrG i. V. m. Art.41 I/II GG/44 I BWG gegen die Wahl vom 22.09.2013 zum

18.Deutschen Bundestag. Die erforderlichen Vertretungsvollmachten der einfachen Mehrheit des erweiterten Bundesvorstandes der DNV liegen in der

Anlage Nr. 2

diesem Schriftsatz bei.

In Erwartung eines abschlaegigen Ergebnisses durch den amtierenden Bundeswahlpruefungsausschuss beabsichtigt die vorgenannte politische Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV), als juristische Person, gestuetzt auf Art.19 II GG und in Anlehnung an die Entscheidungen und Auslegungen des BVerfG zur Beschwerdefuehrereigenschaft einer juristischen Person, nachfolgend dann eine Wahlanfechtungsbeschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht zu erheben.

c) „...jede Gruppe von Wahlberechtigten,...“

Im Antwortschreiben des Bundesverfassungsgerichtes vom 09.07.2013 wurde die Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV), tatsaechlich als „F i r m a“ bezeichnet.

Siehe dazu die

A n l a g e Nr. 3

dieses Schriftsatzes.

In so fern moechte ich als Vorsitzender, in dann geltender Inhaber- und Geschaeftsfuehrerfunktion, und um Rechtsnachteile zu vermeiden, im Namen und Auftrag

derselben, für meine dort „Beschaeftigten“ und meine Person selbst, das Recht des Wahleinspruches wahrnehmen.

In so fern erhebe ich hiermit unter c) im Namen und im Auftrag einer Gruppe von Wahlberechtigten, in der Auspraegung als der vom Bundesverfassungsgericht bezeichneten Firma, mit dem Namen „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV), als Gruender/Inhaber/Geschaeftsfuehrer einen Einspruch gegen die Wahl vom 22.09.2013 zum 18.Deutschen Bundestag.

In Erwartung eines abschlaegigen Ergebnisses durch den amtierenden Bundeswahlpruefungsausschuss beabsichtigt die vorgenannte Firma „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV), als juristische Person, gestuetzt auf Art.19 II GG, eine Wahlanfechtungsbeschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht zu erheben.

3. Einspruch

Der Einspruch muss durch den Einsprechenden bzw. die Einsprechenden im Wesentlichen belegen, dass bei der Wahlvorbereitung oder der Wahldurchfuehrung dessen bzw. deren Recht/e verletzt wurde/n und durch diese Rechtsverletzung der Normtatbestand des Art.41 GG i. V. m. Paragraph 44 BWG eroeffnet wird bzw. ist.

„Der Bundeswahlpruefungsausschuss überprüft die durchgeführte Wahl vielmehr am Maßstab des Rechts. Die Wahlprüfung ist daher eine Rechtskontrolle.“

Im vorliegenden Fall ruegen die Einsprechenden von a) – c), dass der Bundeswahlleiter bei der Bearbeitung der Beteiligungsanzeige vom 03.05.2013, der Nachbesserung der vorgenannten Beteiligungsanzeige vom 12.5.2013 und der weiteren Nachbesserung der Beteiligungsanzeige vom 15.6.2013 nach Paragraph 18. Abs. 3 Satz 1 BWG und der nachfolgenden Anhoerung vor dem Bundeswahlausschuss am 04.07.2013, deren Rechte dahingehend verletzt hat, dass dieser eine rechtlich nicht haltbare Entscheidung in Form der Nichtzulassung zur Bundestagswahl erlassen hatte, die kausal die Folgen dafuer in

Gang setzte, dass die Einsprechenden zur Bundestagswahl zum 18. Deutschen Bundestag nicht auf den Wahlzetteln standen und somit nicht die Sitzverteilung im Bundestag zu ihren Gunsten beeinflussen konnten.

„Abstrakter Gegenstand der Wahlprüfung im engeren Sinn ist nach § 1 Abs. 1 WahlPrG die Gültigkeit der Wahl, negativ ausgedrückt ihre Prüfung auf Wahlfehler. Sinn und Zweck dieser Gültigkeitsprüfung ist allein der Schutz des objektiven Wahlrechts; deshalb kann die Verletzung subjektiver Rechte nach allgemeiner Ansicht nicht Gegenstand des Verfahrens sein, wohl aber sein Anlass.“

B. Begründung des Einspruches zu a)

1. Geschichtlicher Vorlauf

Schon unmittelbar nach der Bundestagswahl 2009 entschied ich mich, selbst politisch aktiv zu werden. Nach einer eingehenden Auseinandersetzung und Diskussion der bestehenden politischen Missstände im Land mit massgeblichen Personen und Stellen, die insbesondere Aussagen zum geltenden Staats- und Verfassungsrecht machen konnten, entschied ich mich, die politische Vereinigung „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV) ins Leben zu rufen, die später zur Bundestagswahl im Jahr 2013 definitiv auch als Partei und damit als echte Wahlalternative zu den im Bundestag etablierten Parteien auf den Wahlzetteln stehen sollte. In so fern erwartete ich für meine Person, als Mitglied der DNV, ebenfalls auf dem Wahlzettel zu stehen und von der Wählerschaft mehrheitlich gewählt werden zu können.

Ich legte von Anfang an ausgesprochen grossen Wert darauf, es nicht anderen Parteien gleichzutun und als Programm ein ganzes Motivbündel der Wählerschaft anzubieten, von dem sowieso nur ein sehr kleiner Bruchteil tatsächlich erfüllt werden könnte, sondern beschränkte die wesentliche Aufgabe und Funktion der DNV auf lediglich ein Ziel, nämlich die Rechtsausübung des im Grundgesetz vorgehaltenen Rechtes aus Art. 146 GG auf territoriale Einigung des gesamten Staatsgebietes und dem Erlass einer eigenen gesamtdeutschen Verfassung, um das Land/die deutsche Nation in die

nationalstaatliche Souveränität zu führen, die ihm/ihr seit dem 08.05.1945, auf Grund der immer noch fortgeltenden besatzungsrechtlichen Vorschriften, entgegen der in der Öffentlichkeit verbreiteten Darstellung, bisher durch die Westalliierten verwehrt blieb.

Auf Grund meiner familiären Vorgeschichte, die nachweist, dass ich Bestandteil einer grossen Familie mit Migrationshintergrund aus mehr als fünf Staaten bin, achte ich bei der DNV auch auf den Zugang – zum Einen parteiübergreifend und zum Anderen, weltoffen zu sein, wie man mittlerweile an der ausgewogenen Beschaffenheit des Mitgliederstammes ersehen kann.

Im Sommer 2010 gingen erstmalig diverse Netzseiten der von mir geleiteten „DNV“ auf meinen Namen und meine eigenen Kosten ins Internet, unter anderen diese Netzseite:

www.die-deutsche-nationalversammlung.de

und etwas später auch:

www.die-dnv.de.

Seinerzeit wurden mir, als faktisch unbestrittener „Politikneuling“, von verschiedenen Personen, die sich für die Bewegung „DNV“ interessierten, diverse Stellen angeboten, bei denen die Netzseiten für das Internet eingestellt werden konnten. Ich entschied mich damals unwissend und damit in einem gewissen Grad auch naiv für einen Server, der jedoch nicht meiner vollständigen Kontrolle unterlag. Gleiches galt für das Anmeldeverfahren, woraus am Ende die Okkupation meiner Netzseiten zum 15.12.2011 resultierte, als absehbar war, dass wir uns als neue politische Bewegung zu einer politischen Grösse und damit parteipolitischen Konkurrenz entwickeln würden.

Laut den mir verfügbaren Unterlagen, brachte sich seinerzeit, konkret ein Mitglied der vom bestehenden politischen System geschaffenen (Auffang-)Partei für den sogenannten

„Narrensaum“, die „NPD“, unter Mithilfe eines Nichtmitgliedes, hinter dem aber zwei wesentliche Funktionstraeger der NPD standen, in den rechtswidrigen Besitz der beiden oben genannten Netzseiten der DNV. Bei der ab 15.12.2011 gefuehrten, rechtlich relevanten Auseinandersetzung, gelang es mir in concreto, diese offensichtlich zum Zwecke der Exekutierung auf die DNV angesetzten Personen und die dahinter stehende Partei auf Abstand zu halten, und eine Uebernahme mit dem Ziel der Weiterfuehrung der DNV durch diese, erfolgreich zu verhindern, ansonsten sich die NPD sicherlich, angesichts des drohenden Verbotsverfahrens, mittlerweile ein neues sicheres politisches Standbein geschaffen haette.

Im Uebrigen lag die Zugriffsrate der DNV-Seiten zu diesem Zeitpunkt schon bei ueber 35135 Personen mit entsprechenden positiven Rueckmeldungen per Email und persoentlichen Kontakten. Geschuldet war diese positive Entwicklung insbesondere meiner unermuedlichen politischen Aufklaerungsarbeit.

Im Moment unseres politischen „Grosswerdens“, insbesondere dadurch bedingt, dass wir dem Verein um Prof. Schachtschneider und Prof. Hankel für deren Klagen gegen den ESM hilfreich zur Seite standen, eliminierte man die DNV, und damit auch mich persoentlich, von der politischen Bildflaeche. Bedauerlich und sehr viele Fragen aufwerfend, ist vor diesem Hintergrund allerdings die Tatsache, dass es mir im Rahmen der Aufklaerung der Attacke durch diese NPD-Leute gelang, einige Personen, die offensichtlich für den Verfassungsschutz arbeiteten, festzustellen. Insofern muss sich dieser Staat, in concreto der Teil der im Bundestag seinerzeit etablierten Parteien aus CDU/CSU/FDP, heute von mir die Frage gefallen lassen, ob ihnen bewusst ist, dass dieses Vorgehen, ueber eine Parteiinszinierung wie der der „NPD“ und deren angeblich rechtsextremes Umfeld, andere Parteien, die eine realistische Chance auf eine Willensbildung des Volkes im Bundestag haetten, auf diese Weise auszuschalten, nicht grob verfassungswidrig, somit gegen den Art.38 I GG gerichtet ist.

Aus diesem Grund verwundert es mich nun auch nicht mehr, dass gerade die ehemalige Regierungskoalition just zum Wahlkampfzeitbeginn von einem eigenen Verbotsverfahren der NPD deutlich Abstand genommen hat. Sollte es unbeschadet dessen doch noch zu einem Verbotsverfahren vor dem BVerfG kommen, wuerde ich diesen Sachverhalt gerichtsfest und beweissicher als persoentlich Betroffener und natuerlich auch im Sinne

der direkt betroffenen Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV), vortragen, insbesondere weil diese Vorgehensweise deckungsgleich mit der Verfolgung und Ausschaltung von anderen Parteien durch die Nationalsozialisten anmutet. Aus den Reihen der NPD erfolgte bereits wiederholt ein erneuter Infiltrationsversuch, der erfolgreich unterbunden werden konnte.

Warum ich im Vorlauf dieser Darlegung ein entsprechendes Gewicht bei der Bewertung meines Einspruches beimesse, wird sich an anderer Stelle meiner Ausführungen noch begründen. Die Entscheidung des Bundeswahlleiters wurde auch von einigen Ereignissen zu meiner Person und der hinter mir stehenden „DNV“ begleitet, die offensichtlich aus staatlichen Stellen heraus bedingt wurden. Aus diesem Hintergrund konnten sich in einer ersten additiven Einschätzung Rechtsverletzungen durch den Bundeswahlleiter des objektiven (Wahl-)Rechtes begründen lassen.

Ich habe die DNV als immer noch reine freie politische Vereinigung nach diesem herben Rückschlag in der Öffentlichkeitsarbeit wieder sammeln und dann erfolgreich reaktivieren können. Allein der Aufbau der neuen Netzseite brauchte ein halbes Jahr, aber der Zulauf und die Loyalität unserer Mitstreiter aus der Vorgeschichte meiner Bewegung bescherten uns einen Seitenzugriff, der sofort um ein Vielfaches höher lag und schneller erreicht wurde, als mit den alten beiden Netzseiten. Die sozialen Netzwerke, wie „facebook“ etc. sind nun auch unsere ergänzenden Kommunikationsmittel mit mehreren Seiten und Gruppen.

Dank meiner weiteren politischen Aufklärungsarbeit, die viele Menschen im Land ansprach, unternahm ich den ersten Versuch einer Parteigründung. Dies war am 13.08.2012 der Fall und bescherte mir eine umfangreiche Besetzung der ersten Gründungsversammlung in der Form, die ein klares Abbild des Verfassungsschutzes, militärischen Abschirmdienstes und des Bundesnachrichtendienstes darstellte.

Auf Grund dieses, nun mehr als offensichtlichen Infiltrationsversuches staatlicher Sicherheitsdienste, den unsere Satzung der DNV, in Art. 4, Pflichten (8), jedoch ausdrücklich ausschließt und uns zu weitreichenden Schadenersatzforderungen berechtigt, auch gegenüber staatlichen Stellen auf Grund der positiven Kenntnis

desselben, stellte ich das Bemuehen der Gruendung letztendlich für diesen Tag ein und widmete die Gruendungsveranstaltung in eine Informationsveranstaltung um. In einem Nachgang, der auch zur Ausgliederung der betreffenden Personen aus unseren Reihen beitrug, konnte ich am 25.11.2012 eine einwandfreie, rechtlich tragbare erneute Parteigrundungsversammlung durchfuehren und die freiheitliche Vereinigung „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV), allen fremdbestimmten und systemimmanenten Widrigkeiten und Widerstaenden zum Trotz, in den Status einer rechtlich gerichtsfesten neuen Partei nach Art.21 GG i. V. m. den massgeblichen Vorschriften des PartG für die deutsche Nation ueberfuehren.

Wir begannen nun, uns auf die Bundestagswahl vorzubereiten, will heissen: ich kuenmmerte mich, beseelt von dem Gedanken, bald selbstlos und uneigennuetzig auf dem Wahlzettel stehen und das politische Wohl der Nation mitbestimmen zu koennen, um weitere Mitglieder, wobei ich der Qualität den Vorzug vor Quantitaet gab, denn es meldeten sich sehr viele Personen bei mir, die sich ueber Jahre, manche sogar schon ueber Jahrzehnte, in anderen Parteien, mehr oder weniger, erfolglos abgearbeitet hatten. Ich verfolge aber keine Partei, in der der Einzelne sich einen Erwerb von Einkuenften durch eine Postenbekleidung verschaffen kann, sondern mein politisches Ziel lautet, in Anlehnung an die klaren Entscheidungen und bindenden Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes zum Art.146 GG a.F. und Art.146 GG n. F., mehrheitlich eine verfassungsgebende Versammlung als Gegenparlament mit integrierter Gegenelite in den Bundestag durch die Bundestagswahl zu bekommen. In so fern wartet auf die gewaehlten Mitglieder der DNV in erster Linie kein Bundeskanzler- bzw. Bundesministeramt, sondern die Besetzung der vom Volk gewaehlten Nationalversammlung zwecks Erlass einer eigenen gesamtdeutschen Verfassung.

Zu den allerersten Vorbereitungen zur Bundestagswahl 2013 gehoerte auch der Erstkontrakt zum Bundeswahlleiter als Institution des statistischen Bundesamtes in Wiesbaden, ca. 3 Monate vor der eigentlichen Gruendungsversammlung. In concreto betraf es die Anforderung von Unterlagen für die Beteiligung an der anstehenden Bundestagswahl. Wie Ihnen hinreichend bekannt ist, kann man alle erforderlichen Unterlagen „online“, also per Internetzugang, beim Bundeswahlleiter bestellen. Auch diesbezieglich möchte ich Ihnen im Rahmen des Vorlaufes einen wichtigen Aspekt, der spaeter bei Ihrer Bewertung eine Rolle spielen sollte, nicht vorenthalten und auf die Anforderung naeher eingehen.

Im Hinblick auf die geplante Gründungsversammlung der DNV am 25.11.2012, trat ich per Onlinebestellung mit dem Buero des Bundeswahlleiters, wie bereits zuvor angemerkt, ausreichend weit vor diesem Termin in Kontakt und forderte alle Unterlagen an, die für die Teiligungsanzeige notwendig waren, einschliesslich der Unterlagen ueber die schon existierenden Parteien. Ich wollte schon auf der Gründungsversammlung den Komplex des Wahlantrittes als Tagesordnungspunkt mit einbeziehen. Irgendwann im Folgemonat erhielt ich dann ca. 105 Satzungen von den Parteien aus der Unterlagensammlung des Bundeswahlleiters und einige weitere Dokumente – ausgenommen d i e j e n i g e n, die für die Teiligungsanzeige massgeblich von Bedeutung waren. Trotz mehrmaliger telefonischer Anforderung und zunehmend energischer werdendem Nachdruck erhielt ich leider erst weit nach dem Gründungstermin der Partei die angeforderten Unterlagen, eine entsprechende Bestaetigung durch das Buero des Bundeswahlleiters, liegt mir mit Datum vom 28.1.2013 vor. Den Mitgliedern der DNV konnte ich nur noch mitteilen, dass offensichtlich eine bewusste Verzoegerung uns gegenueber durch den Bundeswahlleiter vorliegen koennte – wir sollten für die Zukunft in Bezug auf diese Institution wachsam sei. Dieser ernstzunehmende Hinweis sollte sich schon bald darauf bewahrheiten.

Ich erarbeitete mit Datum vom 03.05.2013 ganz akkurat und vorbildlich eine Teiligungsanzeige, wie sie nach Paragraph 18 Abs.1 – 3 BWG für eine neue Partei, die an der Bundestagswahl erstmalig teilnehmen möchte, erforderlich ist, um am Ende ueber diesen Weg der Wahlbeteiligung auch als in den Bundestag zu waehlende Person auf dem dafuer erforderlichen Wahlschein zu stehen . Ich denke, dass Sie uns zugestehen, dass uns, als politische Neulinge, welche dazu auch noch absolut politisches Neuland betraten, nachgesehen werden sollte, dass das eine oder andere kleinere Defizit in der Teiligungsanzeige die Qualität der Parteiarbeit nicht in Frage stellen sollte, wie es uns das BVerfG in der Begrueundung zur erfolgreichen Nichtzulassungsbeschwerde ausfuehrte. Die in Rede stehende Teiligungsanzeige leitete ich mit allen erdenklichen Unterlagen, die dieser beigelegt werden mussten, an den Bundeswahlleiter in Wiesbaden. Dazu möchte ich an dieser Stelle noch etwas konkreter werden und auf das erste Verhalten des Bundeswahlleiters mir gegenueber und meiner Partei, hinsichtlich der Uebergabe der Unterlagen, hinweisen.

Unser Postfach, welches schon seit der Gruendung der Partei eingerichtet wurde, hatte schon fuer einige Wochen ueberraschend keinen Postzugang mehr zu verzeichnen, was mich persoendlich sehr verwunderte. Ich kam zu der Ueberzeugung, dass neben den

anderen „Behinderungen“ nun auch noch der Postverkehr der DNV und meine Privatpost durch die Sicherheitsdienste ueberwacht wurde, nachgewiesen an etlichen geoeffnet vorgefundenen Briefen von Mitgliedern und werdenden Mitgliedern im Postfach. Aus diesem gewichtigen Grund entschied ich kurzfristig, zusammen mit einem weiteren Mitglied der DNV aus Hamburg, in concreto Herrn Hans Riedel, das Buero des Bundeswahlleiters in Wiesbaden persoendlich aufzusuchen und alle Unterlagen nur noch gegen eine Empfangsbescheinigung auszuhaendigen.

In Wiesbaden am Standort des Bundeswahlleiters angekommen, rief ich das Buero des Bundeswahlleiters an, um mein Erscheinen anzukuendigen. Ich hatte nach einer Weiterleitung durch einen netten Herrn, dessen Namen wir gesichert haben, Frau Von Schwarzenberg als Gespraechspartnerin am Telefon. Auf Befragen wiederholte ich meinen Namen und meine Parteizugehoerigkeit – es ergab sich eine laengere Pause und der Ton veraenderte sich danach hoerbar. Ich fragte diese nach der Moeglichkeit, meine Unterlagen der „Deutschen Nationalversammlung“ (DNV) in Bezug auf die Beteiligungsanzeige an ihr Buero uebergeben zu koennen. Sie erklarte mir, trotzdem ich ihr zuvor schon sagte, wir staenden bereits vor dem Eingang ihres Buerohauses, dass wir die Unterlagen n i c h t bei ihr abgeben koennten, das sei absolut unueblich und wir sollten diese per normaler Briefpost an ihr Buero schicken. Auf den Hinweis, dass wir direkt vor dem Haus staenden und nur die korrekte Hausnummer braeuchten, die Uebergabe sicherlich nur ein paar Minuten ihrer Zeit beduerfen wuerde, verneinte sie auch weiterhin die Angabe der Hausnummer und lehnte es nun auch ab, weiter mit mir darueber zu sprechen. Wir einigten uns abschliessend darauf, dass wir unsere Unterlagen wenigstens beim Zugangsdienst abgeben koennten, der an einer anderen Anschrift befindlich war. Dort erhielten wir spaeter ohne Probleme sogar eine Abnahme gegen Bestaetigung auf den Kopien mit Datum, Uhrzeit und Namen von einem dort Bediensteten, der es uns hoch anrechnete, aus Berlin und Hamburg bis nach Wiesbaden gefahren zu sein, nur um diese wichtigen Dokumente an den Bundeswahlleiter zu uebergeben. Soviel zunaechst einmal zum ersten Verhalten des Bueros des Bundeswahlleiters mir und damit der DNV gegenueber.

Am 13.05.2013 erhielt ich von Frau Von Schwarzenberg ein Antwortschreiben auf die am 03.05.2013 hergereichten Unterlagen. Darin wurde ich aufgefordert die Defizite der (ersten) Beteiligungsanzeige vom 03.05.2013 umgehend zu beheben. Im Rahmen der durch Paragraph 18 Abs. 3 Satz 1 BWG moeglichen Nachbesserungen bei Maengeln, die

der Bundeswahlleiter festgestellt hatte, erging am 12.06.2013 eine korrigierte Beteiligungsanzeige nebst erneuter eidesstattlicher Versicherung an das Buero des Bundeswahlleiters. Fuenf Tage spaeter, dem Tag, an dem die gesetzliche Einreichungsfrist für die Beteiligungsanzeigen nach dem BWG um 18.00 Uhr endete, erhielt ich gegen ca. 15.15 Uhr einen Anruf von, ich glaube es war Frau Schorn, aus dem Buero des Bundeswahlleiters, die mir gleich a m B e g i n n des Telefonates mitteilte, dass meine Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV) zur Bundestagswahl n i c h t zugelassen wird. Ich fragte nach dem Grund und bekam daraufhin mitgeteilt, dass der Parteilang- und Kurzname nicht im Eingangssatz stehen wuerde. Daraufhin wies ich Frau Schorn auf die zweite Beteiligungsanzeige vom 12.06.2013 hin, wo unter Nr. 5 bereits das Erfordernis zu finden wäre, jedoch nachgeordnet im Fliesstext. Sie blaetterte hoerbar in den Unterlagen und sagte erstaunt, dass sie es gefunden haette, erwiderte daraufhin aber weiter, dass diese Angabe ausschliesslich im Eingangssatz stehen muesste.

Ich fragte sie anschliessend, wie ich in den nur noch verbleibenden 1 ½ Stunden eine weitere Beteiligungsanzeige an sie schicken koennte, wo sie doch Kenntnis davon haette, dass die einzelnen Mitglieder des Bundesvorstandes ueber das gesamte Gebiet der ganzen Republik verteilt leben wuerden. Daraufhin erhielt ich als Antwort, dass diese erneute Beteiligungsanzeige am Ergebnis trotzdem nichts aendern wuerde.

Ich teilte ihr schliesslich ergebnisorientiert mit, dass sie diese weitere Nachbesserung der Beteiligungsanzeige aus drei Richtungen in Form einer weiteren Beteiligungsanzeige am morgigen Tage per Eilboten bekommen wuerde und ich ihr nun erst einmal vorab eine weitere Anzeige per Emailanhang als Worddokument, in Verbindung mit einer eidesstattlichen Versicherung der Uebersender auf Richtigkeit und Kenntnisnahme des gesamten Sachverhaltes, zukommen lassen wuerde. So wurde es von mir dann auch durchgefuehrt und umgesetzt, nachdem ich zwei weitere Personen mit der Zusendung der erforderlichen Unterlagen beauftragt hatte.

Siehe dazu inhaltlich auch meine ergaenzende Eingabe beim Bundesverfassungsgericht vom 12.07.2013 in der Sache 2 BvC 3/13, als

Anlage Nr.. 4.

dieses Schriftsatzes.

Wesentlich ins Auge faellt bei diesem Sachverhaltsteil, selbst einem Aussenstehenden, dass das Ergebnis der Vorpruefung im Hause des Bundeswahlleiters bereits drei Wochen v o r Ablauf derselben anscheinend festgestanden hat. Am 04.07.2013 erfolgte nur eine Wiederholung dieser Angabe, dem bereits feststehenden Ergebnis, siehe dazu auch:

<http://www.bundestag.de/Mediathek/index.jsp?action=search&contentArea=details&offsetStart=0&id=2499108&instance=m187&categorie=Ausschusssitzungen&mask=search&&destination=&destination=search>

Der Bundeswahlleiter gibt naemlich um 03:06:00 des Zeitstrahles des Videomitschnittes bekannt, dass „die Vorpruefung ergeben hat, dass die formalen Voraussetzungen der Beteiligungsanzeige der DNV nicht erfuehlt sind...“

Das Gleiche gibt der Bundeswahlleiter aber auch am Ende der Anhoerung bekannt, siehe den Zeitstrahl um: 03:50:00 – in diesem in Rede stehenden Fall handelt es sich dann aber unstreitig nicht mehr um das Ergebnis seiner Vorpruefung nach Paragraph 18 BWG, weil der einberufene Bundeswahlausschuss erst am 04.07.2013 meine Beteiligungsanzeige als zusammenhaengendes Dokument verhandelt hat und nicht schon zeitlich vorher. Der Bundeswahlleiter haette hier konkret angeben muessen, dass die Anhoerung vor dem Bundeswahlausschuss der Grund für das Ergebnis der Entscheidung auf Nichtzulassung meiner Person und damit meiner Partei gewesen wäre.

Im Ergebnis steht somit für mich als konkret Betroffener fest, dass der Bundeswahlleiter nie die Absicht hatte, bezueglich meiner Person und damit der dahinter stehenden „Deutschen Nationalversammlung“ (DNV) gegenueber, eine andere Entscheidung zu treffen, als die, die am Ende gefallen ist. Aus einer subjektiven Rechtsverletzung durch den Bundeswahlleiter, die durch dessen Entscheidung in meiner Person zu erblicken ist,

resultiert aber auch unstreitig eine objektive Rechtsverletzung des hier geltenden Wahlrechtes, dem dieser sich immer unterzuordnen hatte.

2. Vorlauf - Anhoerung Bundeswahlausschuss vom 04.07.2013

Zunaechst ist für mich als Betroffener vor dem obigen Hintergrund feststehend, dass die Anhoerung vor dem Bundeswahlausschuss am 04.07.2013 eine reine Inszenierung war, denn schon die Zusammensetzung des Ausschusses laesst berechnigte Zweifel daran aufkommen, ob dieser ueberhaupt demokratisch entscheiden konnte. Fraglich ist an dieser Stelle, ob es je eine tragfaehige Entscheidung gegen die Grundeinstellung des Bundeswahlleiters hatte geben koennen, bzw. ob eine „Mehrheit“ zumindest dessen erwartetes und angestrebtes Ergebnis haette blockieren koennen. An Hand der Zusammensetzung des Aussschusses ist dies eher zu bezweifeln.

Ferner ist fraglich, wie die Verhandlung des Bundeswahlausschusses unter Leitung des offensichtlich klar befangenen Bundeswahlleiters zu bewerten ist. Hier möchte ich als direkt Betroffener der Entscheidung des Bundeswahlleiters darauf hinweisen, dass mit Frau Dr. Boeth ein Nichtmitglied des Ausschusses ganz wesentlich die Verhandlung mitbestimmt hat, was unstreitig unzulaessig war.

Desweiteren ist fraglich, wie der Umstand gewertet werden kann, dass der Bundeswahlleiter als routinierter Leiter der vorangegangenen Bundeswahlausschuesse, in meinem Fall angebliche Formfehler der Beteiligungsanzeige verhandeln konnte, obwohl diese ganz offensichtlich wegen „Nichtexistenz“ gar nicht verhandelt haetten werden duerfen, da formal alles Erforderliche von meiner Seite und der Partei beigebracht wurde.

Zu den vorstehenden Ausfuehrungen möchte ich insbesondere auf meine Angaben zum BVerfG in der Sache 2 BvR 1730/13 verweisen, die Sie in der

Anlage Nr.5

dieses Schriftsatzes finden.

Ich unterstelle hier einmal, und gehe nach wie vor davon aus, dass der Bundeswahlleiter parteipolitisch instruiert worden war, mich und die DNV zur Bundestagswahl mit allen Mitteln zu verhindern. Ein Teil unserer Mitglieder ist auch im Bundestag unterwegs und teilten mir mit, dass zumindest der Einspruch gegen die Bundestagswahl, sofern dieser nur von der Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV) bis zum 22.11.2013 fristgerecht erhoben wurde, schon hier beim Bundeswahlprüfungsausschuss enden wird. Wie im Falle des Bundeswahlleiters und seines Ausschusses steht auch hier das zu erwartende Ergebnis der Prüfung anscheinend im Voraus schon fest – in diesem Fall sogar ohne die erforderliche, konkret vorliegende Begründung.

Der Nichtzulassungsbeschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht können Sie in meiner Begründung entnehmen, dass etliche Attacken von uns von unbekannten Personen bzw. Organisationen gegen mich und meine Partei erfolgt sind. Diese Angaben machte ich auch vor dem Bundeswahlausschuss und, wenn Sie sich dazu die Reaktionen der Ausschussmitglieder anschauen, werden Sie feststellen, dass man mich, ob dieser Erklärungen, noch sehr milde ausgedrückt, nur „belaehelt“, also als unglaubwürdig angesehen hat.

Als das Bundesverfassungsgericht unsere Netzseite überprüfte, erfolgte im annähernd gleichen Zeitraum auch eine DDos-Attacke auf meine aktuelle laufende Netzseite:

www.deutsche-nationalversammlung.de

auf dem Server der Firma „Great Net“, wo ich auch persönlich als Domaininhaber und sogar parallel mit der gewerblichen Netzseite meiner Frau eingetragen war. Als Folge dessen, konnte ich dort mit meiner so wichtigen Netzseite so kurz vor der Bundestagswahl, nicht mehr online gehen und musste am Ende sogar den Server wechseln, weil jeder Versuch, die Seite hochzufahren, mit einer erneuten DDos-Attacke beantwortet wurde. Ich kann von Glück sagen, dass die Attacke erst am 18.07.2013 und nicht schon ein paar Tage früher stattfand, unter der die Netzseite zusammengebrochen ist, denn das

Bundesverfassungsgericht prüfte nur einige Tage zuvor unsere Netzseiteninhalte darauf, ob diese meine Angaben vor dem Ausschuss belegen und bestätigen konnten. Unser Hausspezialist für IT-Technik bestätigte mir, dass die DDos-Attacke keine solche war, die nur kleinen Jungen vorbehalten ist, die ein wenig zum Spaß „hacken“ wollten. Für eine derartige Attacke brauchte es ein professionelles Vorgehen durch professionelle IT-Spezialisten. Ich gehe davon aus, dass ein Teil der im Bundestag etablierten Parteien, die den Ausschuss leider mit besetzen, antidemokratische Kräfte fördern, die solche Dinge im Auftrag durchführen können. In concreto denke ich da an die nationalsozialistisch ausgerichtete Antifa - Organisationen, die beispielsweise vorrangig durch die Partei „Die Grünen“, „Die Linke, und die „SPD“ auch finanziell gefördert werden.

Möge sich der Bundeswahlprüfungsausschuss einmal die Frage stellen, wer oder was dafür verantwortlich zeichnet, dass ich und die hinter mir stehende Partei „DNV“ bei der Aufnahme der mir zustehenden Rechte, wie der Gründung einer Partei und der Beteiligung an der Bundestagswahl, fast existenzbedroht an der Weiterführung und Entwicklung durch eine Postfachbehinderung, Privatpostbehinderung, Telefonabhörung und Attacken auf die Aussendarstellung meiner Person zu Gunsten der Wählerschaft in Form meiner Netzseitenblockierung und Trojanerangriffe auf meine Privatrechner gehindert wurde. Ferner möge er sich fragen, wie der Bundeswahlleiter über sein Büro eine Abwicklung der Beteiligungsanzeige tätigen konnte, die darin mündete, dass dieser eine Entgegennahme der Unterlagen gegen Empfangsbestätigung verweigerte, schon drei Wochen vor der Anhörung das (negative) Ergebnis feststand und sogar telefonisch mitgeteilt wurde und bei der Ausschusssitzung der Hintergrund der eidesstattlichen Versicherungen zur Beteiligungsanzeige unklar gehalten wurde, trotz eindeutiger Formulierung und in der Verhandlung formale Aspekte verhandelt wurden, die gar nicht mehr verhandelt werden durften, da formal bereits erfüllt waren und diese Verhandlung sogar unter Beteiligung von einem Nichtmitglied des Ausschusses erfolgte.

Fraglich ist auch, wie es gewertet werden kann, dass wir trotz vollständig eingereichter Unterlagen selbst heute immer noch nicht in der Unterlagensammlung des Bundeswahlleiters aufzufinden sind.

Im Ergebnis diene am 04.07.2013 meines Erachtens nach der Bundeswahlausschuss der (verfassungswidrigen) Verhinderung neu aufkommender Parteien für den Bundestag, in diesem konkreten Fall, meiner Person und der dahinter stehenden DNV. Der Bundeswahlleiter hat mit seiner rechtswidrigen Entscheidung zu Ungunsten meiner

Person und der dahinter stehenden Partei vorsätzlich kausal die Folgen in Gang gesetzt, die massgeblich verantwortlich dafür zeichneten, dass ich und meine Partei nicht auf dem Wahlzettel standen.

Das BVerfG hat in seiner Entscheidung vom 23.07.2013 ersichtlich begründet, dass eine Verletzung des objektiven Wahlrechtes durch den Bundeswahlleiter in concreto gegenüber meiner Person und der dahinter stehenden Partei „DNV“ vorgelegen hat. Aus diesem Grund wurden ich und die „Deutsche Nationalversammlung“ wieder zur Bundestagswahl zugelassen. Die vom BVerfG als rechtswidrig erklärte Entscheidung des Bundeswahlleiters bedingte jedoch die von mir noch nachfolgend dargelegten konkreten negativen Folgen für meine Person und die DNV und hat mich eine wesentliche Gesetzeslücke feststellen lassen.

In diesem Fall erging durch das BVerfG lediglich eine Wiedenzulassung ohne jegliche Klärung der Frage zur Folgenbeseitigung zur Bundestagswahl durch die Entscheidung, aber die eingetretenen schwerwiegenden Folgen wurden trotz des sich klar und deutlich abzeichnenden uns zustehenden Folgenbeseitigungsanspruches im Rahmen eines Fortsetzungsfeststellungsinteresses nicht mit abgehandelt. Insofern liesse sich hier die festgestellte Gesetzeslücke zum neuen Rechtsinstitut der Nichtzulassungsbeschwerde nach Paragraph 18 Abs. 4a BWG vor dem BVerfG durch eine Analogie schliessen, in dem in die Nichtzulassungsbeschwerde ein Fortsetzungsfeststellungersuchen mit inliegendem Folgenbeseitigungsanspruch analog dem geltendem Verwaltungsrecht aufgenommen wird, da es sich beim Bundeswahlleiter um eine bundeshoheitlich handelnde Verwaltung handelt. Dies wuerde dem Anspruch an eine Orientierung an der Realitaet einer neuen Partei entsprechen und Ungerechtigkeiten ausschliessen.

3. Gegenwart:- Anhörung vor dem Ausschuss ueber die Bundestagswahl vom 22.09.2013 bis zum endgueltigen Ergebnis der Bundestagswahl

Die Bundestagswahl ist vorbei und das endgueltige Ergebnis steht nun bereits fest. Ich habe nicht auf dem Wahlzettel gestanden und meine Partei, die „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV) ebenfalls nicht. Um den Einspruch gegen die Bundestagswahl 2013 zu begründen, obliegt es dem Einsprechenden, glaubhaft und gerichtsfest nachzuweisen, dass bei einer erfolgreichen Beteiligung durch meine Person

und die hinter mir stehende Partei die Sitzverteilung im neuen Bundestag wesentlich veraendert worden waere.

Wie oben bereits ausgefuehrt, widerspreche ich ausdruecklich dem schon fast gewohnheitsmaessig anmutenden Anspruch der wiederholt im Bundestag vertretenen Systemparteien, dass die Deutungshoheit für das hier geltende und gueltige Wahlrecht und aber auch des Wahlergebnisses einzig und allein auf ihrer Seite liegt. Insofern gebe ich hiermit vor, dass wir bei einer rechtlich einwandfreien Zulassung durch den Bundeswahlausschuss zur Bundestagswahl mit einem Gesamtergebnis für mich und die Partei „DNV“ mit ca. 18,13% bis 20,13% der Waehlerstimmen haetten rechnen koennen. Demnach wäre es im Ergebnis zu einer bedeutsamen Veraenderung der Sitzverteilung zu meinen Gunsten und der Partei im Ganzen gekommen und wuerde die objektive Rechtsverletzung des geltenden Wahlrechtes bestaetigen.

Haetten ich und meine Partei „Deutsche Nationalversammlung“, wie einst angestrebt, auf dem Wahlzettel gestanden und ein Ergebnis erlangt, welches das vorgenannte bei Weitem unterboten haette, wuerde unser Wahleinspruch von vornherein nicht durchsetzungsfaehig sein. Der tragende Grund dafuer laege in der tatsaechlichen Beteiligung an der Wahl mit einem für alle Beteiligten vorzeigbarem Ergebnis. Wie jeder anderen einsprechenden Partei, die mit einem bestimmten Stimmenanteil gewaehlt worden wäre, wuerde man uns von Seiten des Bundeswahlpruefungsausschusses vorhalten, dass wir doch ein Ergebnis erlangt haetten und sich saemtliche tatsaechlichen Wahlunregelmaessigkeiten nur marginal auf das Ergebnis auswirken wuerden, so dass es zu keiner wesentlich geaenderten Sitzverteilung im neuen Bundestag gekommen wäre.

In unserem Fall liegt die Situation jedoch voellig anders. Hier geht es nicht um die Beurteilung der Wahl an sich, hinsichtlich ihrer Durchfuehrung, sondern um das Vorfeld zur Wahl, der Zulassung, nach dem Bundeswahlpruefungsgesetz um die Vorbereitung zur Wahl. Der Bundeswahlausschuss hatte mit seiner Entscheidung rechtswidrig – ja, sogar vorsaeztlich rechtswidrig, gegen die Vorschriften des BWG und der BWO gehandelt, und dieses rechtswidrige Verhalten sogar damit getarnt, dass der Bundeswahlleiter mich und meine Partei sogar mehrmals ermahrend auf die stringente Formenstrenge des Bundeswahlrechtes hinwies, an die ich mich und meine Partei verpflichtend zu halten gehabt haette. Fast schon zum Spott und einer Verhoehnung gleich kann daher die ergaenzende Angabe des Bundeswahlleiters uns gegenueber gewertet werden, dass er

am Beginn der Sitzung sogar noch ausführt, dass er und der von ihm geleitete Ausschuss nur dem Recht und dem Gesetz unterworfen gewesen sei.

Die rechtswidrige Entscheidung des Bundeswahlleiters vom 04.07.2013 bedingte eine Nichtzulassung meiner Person und damit auch meiner Partei „DNV“ zur Bundestagswahl. Es erging, im Gegensatz zu allen vorangegangenen Parteien, die von ihm abgelehnt wurden, am Ende noch nicht einmal mehr eine Rechtsbehelfsbelehrung an mich und meine Partei, obwohl für das Rechtsmittel nach Paragraph 18 Abs. 4a BWG nur eine Zeit von bis zu vier Tagen zur Verfügung stand. Obwohl ich noch am selben Tag gegen ca. 16.00 Uhr mit einer Bediensteten des Büros des Bundeswahlleiters telefonierte und darauf hinwies, dass an mich keine mündliche Rechtsbehelfsbelehrung erging, erhielt ich bis heute keine solche durch den Bundeswahlleiter wenigstens schriftlich zugestellt. Durch einen Fehler in der Führung der Akten beim Bundeswahlleiter gingen alle erforderlichen Nachrichten immer an meinen Stellvertreter und von dort erhielt ich diese Unterlagen dann wiederum nur mit Verzug, weil der Betreffende arbeitsbedingt den ganzen Tag nicht diese Unterlagen weiterleiten konnte. Hätte ich nicht vorleistend die Notwendigkeit und ganze Ausgestaltung der Nichtzulassungsschwerde erkannt und getätigt, hätte ich und die hinter mir stehende Partei „DNV“ dieses Rechtsmittel sogar (unverschuldet) verwirkt. Ich unterstelle dem Bundeswahlleiter tatsächlich keine bösen Absichten, aber so viele eigenartige Zufälle, wie sie sich in Bezug auf meine Person und der hinter mir stehenden Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV) im Zuge des versuchten Zuganges zur Wahl kumuliert haben, sind nicht mehr ohne einen Vorwurf der bewussten Zugangsvereitelung zur Bundestagswahl, entgegen Art. 38 I GG i. V. m. Art. 20 II GG erklärbar.

Ich und die hinter mir stehende Partei vertreten die berechtigte Ansicht, dass eine vorsätzliche Zugangsvereitelung, entgegen dem Anspruch aus Art. 20 II GG i. V. m. 38 I GG, durch den Bundeswahlleiter und seiner rechtswidrigen Entscheidung des Bundeswahlausschusses, bedingt wurde.

Das BVerfG hat in mehreren Entscheidungen zum Art. 38 I GG nicht nur die fünf Wahlgrundsätze umfassend ausgelegt und deren Inhalt erläutert, sondern dem Recht auf ungehinderten Zugang zur Wahl eine besondere Bedeutung beigemessen. Begründet hat das BVerfG die besondere Hervorhebung des absolut u n g e h i n d e r t

e n Zuganges einer Person und einer Partei durch das gesetzlich bestehende Hindernis der 5% Huerde und dem Erfordernis der Unterstuetzerunterschriften, die bereits eine deutliche Schlechterstellung gegenueber den bereits etablierten Parteien darstellt.

Ich vertrete hier ganz klar die Ansicht, dass die am selben Tag veroeffentlichte Mitteilung des Bundeswahlleiters, dass die DNV als Partei für die Bundestagswahl nicht zugelassen wurde, die weitergehende Ursache dafuer setzte, dass ich und die hinter mir stehende Partei am Ende nicht auf den Wahlzetteln stand. Dieser kausale Zusammenhang zwischen Nichtzulassungsentscheidung, einhergehender oeffentlicher Mitteilung und weiterer bedeutender Angaben des Bundeswahlleiters zu unseren Ungunsten, waren die zusammenhaengende Kernursache für das eingetretene negative Ergebnis. Zum besseren Verstaendnis, dass ich und meine Partei gegenueber dem rechtswidrigen bundeshoheitlichen Verwaltungshandeln des Bundeswahlleiters ein bis heute geltendes Fortsetzungsfeststellungsbegehren mit inneliegendem Folgenbeseitigungsanspruch haben, fuege ich nachfolgend den wesentliche Teil des Textes des Anspruches und der dazu gehoerenden Begruendung aus der Verfassungsbeschwerde vom 08.08.2013 an das BVerfG ein.

Auf Grund der zu diesem Zeitpunkt bestehenden Rechtslage konnte das BVerfG vor der Bundestagswahl nicht zu unseren Gunsten entscheiden und musste die Verfassungsbeschwerde zwangslaeufig ablehnen. Für eine spaeter in Betracht kommende Wahlanfechtungsbeschwerde vor dem BVerfG, falls der Bundeswahlpruefungsausschuss unseren Einspruch tatsaechlich ablehnen wuerde, kaeme der gleiche Inhalt jedoch wieder zum Tragen.

Aber bitte lesen Sie nun selbst:

Beginn der Einfuegung des Textes der Verfassungsbeschwerde.

1. Ob aus der Entscheidung des Bundeswahlausschusses vom 04.07.2013, auf Nichtanerkennung der Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV) für die Bundestagswahl zum 18. Deutschen Bundestag am 22.9.2013 aus formellem Grund nach Paragraph 18 Abs.4 BWG, kausal eine Grundrechtsverletzung nach

Art.3 Abs. 1 i. V. m. Abs. 2 GG auf Gleichbehandlung und eine Verletzung des grundrechtsgleichen Rechtes aus Art.38 Abs.1 GG auf Ausübung des Wahlrechtes auf Grundlage der dort aufgeführten Wahlgrundsätze, resultiert.

2. Ob die Entscheidung des Bundeswahlausschusses vom 04.07.2013 auf Nichtanerkennung der Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV) in Berlin für die Bundestagswahl 2013 durch die obige Rechtsverletzung auch ursächlich dafür ist, dass die Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV), als Rechtsträger des vorgenannten Grundrechtes und grundrechtsgleichen Rechtes wesentlich an der fristgerechten Einreichung von Wahlvorschlägen im Sinne des Paragraphen 19, 2. Halbsatz BWG i. V. m. den Paragraphen 32 und 39 ff. BWO, an die Landeswahlleiter, und der damit zusammenhängenden Verpflichtung zur Sammlung von einer vorgegebenen Zahl an Unterstützerunterschriften und der fristgerechten Einreichung derselben gemäss Paragraph 39 Abs. 3 BWO bei den Landeswahlleitern, gehindert wurde, insbesondere, weil die angegebenen bindenden Fristen aus den vorgenannten Bestimmungen im Widerspruch zur tatsächlichen Praxis Anwendung fanden und weil der Partei, die für eine zeitgerechte und praxisnahe Umsetzung der oben genannten Erfordernisse aus dem BWG und der BWO, auf Grund der Entscheidung des Bundeswahlleiters unverschuldet, also fremdbestimmt, die notwendigen Mittel und Möglichkeiten zur Realisierung in jedweder Richtung unerwartet wegbrachen.
3. Ob die veröffentlichte Entscheidung des Bundeswahlausschusses vom 04.07.2013 eine Divergenz zum Wortlaut des Paragraphen 18 Abs. 4a BWG dahingehend aufweist, dass die Bedeutung der „schwebenden Wirksamkeit der Entscheidung des Bundeswahlausschusses“ so den Bürgerinnen und Bürgern, die die beschwerdeführende Partei als Unterstützer benötigt, in dieser Art nicht vermittelbar ist.
4. Dass dieses Gericht die eingereichte Verfassungsbeschwerde, wegen der allgemeinen Bedeutung, und, weil dem Beschwerdeführer ein schwerer und unabwendbarer Nachteil aus der in Kürze anstehenden Bundestagswahl am 22.09.2013 ins Haus stünde, gemäss Paragraph 90 Abs.2, Satz 2 BVerfGG nicht auf den ordentlichen Rechtsweg verweist, sondern im Rahmen eines vorgezogenen Eilverfahrens prüft.

- 5 Unterstellt, die Rechtsverletzungen werden durch das erkennende Gericht bejaht, wird um eine umgehende Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand ersucht, in allen 16 Bundeslaendern noch eine Wahlliste durch die Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV) durch die jeweiligen Landesverbaende einreichen zu duerfen, bei gleichzeitiger Entbindung von der Verpflichtung zur umfassenden Sammlung von Unterstuetzerunterschriften.
- 6 Sollte Lfd. Nr. 5 nicht möglich sein, **hilfsweise** um eine Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand ersucht, in allen 16 Bundeslaendern in einem Zeitrahmen von 14 Tagen bis 11 Tagen noch eine Wahlliste durch die Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV) durch die jeweiligen Landesverbaende einreichen zu duerfen, bei gleichzeitiger drastischer Reduzierung, mindestens 50%, der Vorgabenquote zur Sammlung von Unterstuetzerunterschriften.

I. Zulaessigkeit und II. Begruendetheit der Beschwerde

Art.93 Abs. 1 Nr. 4a i. V. m. Paragraph 13 Nr. 8a, 90 ff BVerfGG

I. Zulaessigkeit

Sachverhalt zur Zulaessigkeit

a) Antrag

Am 04.07.2013 erfolgte in Berlin im dafuer vorgesehenen Anhoerungssaal des Bundestages die Anhoerung nach Paragraph 18 Abs. 4 Nr. 2 BWG vor dem Bundeswahlausschuss unter Leitung des Bundeswahlleiters, Herrn Roderich Egeler.

Die Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV) wurde unmittelbar nach der Mittagspause gegen 14.00 Uhr durch den Bundeswahlleiter aufgerufen. Nachdem erfragt und bestaetigt wurde, ob ein zulaessiger Vertreter der Partei anweisend sei, wurde mir als solcher mitgeteilt, dass die Beteiligungsanzeige wegen eines Formfehlers den Anforderungen nach Paragraph 18 Abs. 2 Satz 3 BWG nicht genuegt und die Partei deshalb nicht zur Bundestagswahl am 22.9.2013 zugelassen wird. Der Nichtzulassungsbeschluss durch den Bundeswahlausschuss erging mit 7:3 Stimmen, bei einer Enthaltung.

Als verifizierbare Quelle wird hier einerseits der Mitschnitt der Ausschusssitzung angegeben:

<http://www.bundestag.de/Mediathek/index.jsp?action=search&contentArea=details&offsetStart=0&id=2499108&&instance=m187&categorie=Ausschusssitzungen&mask=search&&destination=&destination=search>

und andererseits die Niederschrift der Entscheidung auf Nichtanerkennung durch den Bundeswahlleiter in Kopie in der **Anlage 1** hergereicht.

Von unserer Seite wurde als Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV) unter dem Geschaeftszeichen **2 BvC 3/13** fristgerecht eine Nichtzulassungsbeschwerde beim BVerfG eingereicht und diese am 23.07.2013 zu unseren Gunsten mit 6:1 Stimmen durch den 2.Senat entschieden.

Die Beschwerdeschrift in zwei Teilen wird zur Kenntnisnahme in **Anlage 2** als Kopie angefuegt und die Entscheidung des BVerfGes als **Anlage 3** in Kopie ergaenzend beigefuegt.

Die materiell-rechtliche Pruefung unserer Partei durch den 2. Senat des BVerfGes ergab, dass wir in der Zeit unseres Bestehens von 9 Monaten, seit der Gruendung am 25.11.2012, nachweislich intensiv und stringent den Aufbau der Partei in Struktur und Wirksamkeit

vorangetrieben hatten. Auf Grund unserer akribischen und fundamentalen Aufbauarbeit, die auch mit der Gewinnung von etlichen Mitstreitern, die (noch) keine Mitglieder der DNV waren bzw. sind, einherging, vertrauten wir zu recht darauf, am 04.07.2013 vom Bundeswahlleiter zur Bundestagswahl zugelassen zu werden und auf Grund dieser Entscheidung auch die restlichen Landesverbände aufbauen, Landeslisten wählen, und auch die erforderlichen Unterstützerunterschriften pro Bundesland erfolgreich sammeln zu können.

Auf Grund der für uns dann aber völlig überraschenden Nichtzulassung durch den Bundeswahlausschuss, gelang uns dies jedoch somit nicht mehr.

Auf Grund der sich bis dato noch auswirkenden Folgen der Flutkatastrophe, die uns den überwiegenden Teil unserer Mitglieder über mehrere Wochen bei den notwendigen Rettungsaktionen für die Rettung ihres Hab und Gutes in mindestens drei Bundesländern band, konnten wir im Vergleich zu ungleich mitgliederstärkeren Neuparteien, wie z. B. der „Alternative für Deutschland“ (AfD) oder der „Neuen Mitte“ (NM), unsere Strukturen und Mitgliederwerbung nur sehr eingeschränkt weiter umsetzen. Trotz dieser fremdbestimmten und damit unstreitig von unserer Seite unverschuldeten Behinderung, auf Grund höherer Gewalt, gelang es uns bis zur Anhörung am 04.07.2013, vor dem Bundeswahlausschuss, mindestens 9 Landesverbände rechtswirksam in Folge ordnungsgemäßer Gründungsurkunden aufzubauen.

Dass der Bundeswahlleiter erst nur von lediglich drei ihm persönlich bekannten Landesverbänden sprach und ausging, und durch eine Mitarbeiterin seines Büros darauf hingewiesen wurde, dass noch wenigstens drei weitere Landesverbände bereits mitgeteilt wurden, bestätigt noch nicht die obige Angabe von 9 Landesverbänden von unserer Seite. In der Verhandlung vor dem Bundeswahlausschuss wurde unserer Partei jedoch keine Gelegenheit mehr dazu gegeben, die Gründungen von drei weiteren Landesverbänden in der Anhörung dem Bundeswahlleiter und seinem Ausschuss mitzuteilen und die erforderlichen Nachweise auch vorzulegen.

Im Zuge der Gründungen von mindestens 9 Landesverbänden zum oben genannten Zeitpunkt der Anhörung, gelang es uns, auch mehrere tausend Menschen für unsere Parteihauptidee, die Rechtsausübung nach Art.146 GG, dahingehend zu begeistern,

dass diese ihre Bereitschaft zur Abgabe der für uns erforderlichen Unterstützerunterschriften in Aussicht stellten. Ausweislich unserer bis dahin noch beim Internetprovider „greatnet.de“ bereitgestellten Netzseite www.deutsche-nationalversammlung.de, taetigten ueber 37000 Buergerinnen und Buerger einen Aufruf unserer Seite, mit einem Durchschnitt von ca.500 Personen pro Tag, Tendenz stark steigend.

Der ausgesprochen wichtige Aspekt der direkten und unmittelbar notwendigen Fluthilfe durch einen grossen Teil unserer Mitglieder, der auch das reale politische Leben unserer Partei praegte, der am 04.07.2013 schon unstreitig im Widerspruch zum Abforderungshorizont der geltenden Vorschriften aus der BWO und insbesondere des BWGes mit seiner sogenannten „Formenstrenge“ stand, die der Bundeswahlleiter staendig einforderte, fand zu dieser Zeit, auch nicht unter dem Gesichtspunkt einer auf hoeherer Gewalt beruhenden unverschuldeten Erschwernis, als sogenannte uns zuzubilligenden sozialen Komponente, eine Beruecksichtigung, so dass es zu einer Kumulation negativer Auswirkungen zum einseitigen Nachteil unserer Partei kommen musste.

Auch die negativen Feststellungen des Bundeswahlleiters in der 50-minuetigen Verhandlung, insbesondere zu den von unserer Seite für eine positive tragfaehige Entscheidung angegebenen materiell-rechtlichen Parametern, zur Bewertung der Inhalte der Beteiligungsanzeigen vor dem Bundeswahlausschuss, gemaess Paragraph 18 Abs. 2 Satz 6 BWG i. V. m. Paragraph 2, Abs. 1 Satz 1 PartG, zeitigten ebenfalls entsprechende Auswirkungen zum Nachteil der Partei.

Am 04.07.2013 verkuendete der Bundeswahlleiter seine Entscheidung, die Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV), schon aus formalen Gruenden, nicht zur Bundestagswahl 2013 zuzulassen. Diese Entscheidung setzte massgeblich schwerwiegende Folgen für die Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV) in Gang, auf die diese weitestgehend keine Einwirkungsmoeglichkeiten mehr hatte und in einer rechtlich bedeutsamen Ungleichbehandlung nach Art. 3 Abs. 1 und 2 GG und in einer uebergebuhrlichen Erschwernis bzw. Verhinderung der Ausuebung des Wahlrechtes aus Art.38 I GG muendete. Es gelang uns als Partei im Zuge der Kumulation von negativen Auswirkungen nicht mehr fristgerecht Wahlvorschlagslisten nebst Unterstützerunterschriften bei den für uns massgeblichen Landeswahlleitern

einzureichen, wie es der Paragraph 19, 2. Halbsatz BWG i. V. m. den Paragraphen 32 und 39 ff. BWO und Paragraph 39 Abs. 3 BWO erfordert.

Nach der oeffentlichen Bekanntmachung der Nichtzulassung unserer Partei traten zunaechst umgehend einige Mitglieder aus unserer Partei wieder aus, weil diese nur deshalb eingetreten waren, um auch aktiv an der Bundestagswahl teilnehmen zu koennen.

Desweiteren verliessen uns bundesweit verteilt dabei auch etliche Mitglieder, die wir dringend für den Aufbau der restlichen Landesverbaende benoetigt haetten und wegen der Ablehnung zur Konkurrenzpartei „AfD“ und/oder „NM“ abwanderten.

Ferner konnten wir in den Bundeslaendern, die schon Landesverbaende auswiesen, nur sehr schwer Wahllisten erschaffen, weil den Mitgliedern kaum zu vermitteln war, dass wir auf Grund unserer Beschwerde zum BVerfG nach Paragraph 18 Abs. 4a BWG noch „wie eine wahlvorschlagsberechtigte Partei anzusehen waren“.

Massgeblich negativ fiel für uns ins Gewicht, dass wir bei der bis dato relativ geringen Mitgliederanzahl nun auch noch in den Bundeslaendern Sachsen, Niedersachsen, Thueringen, Saarland, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Berlin, Brandenburg, Baden-Wuerttemberg und Bayern ca.20000 Unterstuetzerunterschriften zu sammeln hatten. Die verbleibende Zeit ab dem 04.07.2013 belief sich auf lediglich 11 Tage, denn die Einreichungsfrist endete am 15.7.2013 gegen 18.00 Uhr beim dafuer zustaendigen Landeswahlleiter. Unter Beruecksichtigung, dass schon der 04.07.2013 als ein „verlorener“ Tag gelten musste, weil meine Anwesenheit als Initiator der DNV und als Vertreter der Partei gefordert war. Neben der Flutkatastrophe, die nach wie vor erhebliches Personal unserer Partei band, waren bereits Schulferien und sowohl der Freitag, wie auch die nachfolgende Woche, waren reine Arbeitstage, die erschwerend einen Mitgliedereinsatz zum Sammeln von Unterschriften bestimmten. Im Ergebnis spielte aber auch der Termin der Entscheidung des BVerfGes ueber unsere Beschwerde eine nicht unerhebliche Rolle, lag dieser mit Datum vom 23.07.2013 nochmals weit hinter dem 15.7.2013.

Aus den Rueckmeldungen einiger Landesverbaende konnten wir zudem entnehmen, dass uns verschiedene Landeswahlleiter mit dem Hinweis, wir seien durch den Bundeswahlleiter gar nicht zur Bundestagswahl zugelassen, sogar abwiesen, als wir um die Vordrucke für die Wahllisten und dergleichen ersuchten.

Fraglich ist an dieser Stelle, in wie weit die Entscheidung des Bundeswahlleiters in Bezug auf die ganzen negativen Folgen für uns als beschwerdefuehrende Partei, die durch seine Entscheidung, die der 2.Senat des BVerfGes am 23.07.2013 fast einstimmig aufhob, ursaechlich war und ob die daraus resultierende Schlechterstellung gegenueber anderen gleichartigen Parteien hinsichtlich Groesse, Struktur und des Aufbaues, diesem in irgendeiner Form zugerechnet werden koennen und ob hinsichtlich der Vereitelung der Umsetzung des Rechtsanspruches aus Art.38 I GG auf Grund dieser Folgen als direktes Ergebnis dieser dafuer in irgendeine Art kompensatorische Haftung genommen werden koennte. Dazu mehr in der nachfolgenden Begrueendetheitspruefung.

An Hand des Mitschnitts der Anhoerung vor dem Bundeswahlausschuss konnte man als unbedarfter Beobachter schon zu dem Eindruck gelangen, dass die Entscheidung des Bundeswahlleiters, siehe die muendliche Einleitung der Ablehnung und die muendliche Wiederaufnahme der Ablehnung am Ende der fast 50 minuetigen Anhoerung zu unserer Partei, eine sicherlich in dessen Bewusstsein schon verfestigte Einstellung war und es am Ende nur noch darum ging, diese auch umzusetzen, allen von uns bis dahin vorgetragenen Tatsachen zum Trotz.

In jedem Fall bedingte die Entscheidung des Bundeswahlausschusses für unsere Partei schwere beeintraechtigende Folgen, die sich in der Intensitaet der Auspraegung dergestalt entauesserten, dass es zu einem erkennbaren Ungleichgewicht zwischen geforderter Gesetzeslage und machbarer Realitaet für eine Partei unserer Groesse, Struktur und unseres Aufbaues gekommen ist. Zur Beantwortung der Frage, wie diese Divergenz aufgeloeset werden koennte, spielt die ergangene Entscheidung des Bundeswahlausschusses als ursachensetzende gleichheitswidrige Massnahme eines Traegers von Hoheitsgewalt eine rechtsverletzende Rolle.

Bis zum Wahltermin, den 22.09.2013, existiert nur noch ein Zeitrahmen von wenigen Wochen und so muesste die von der beschwerdefuehrenden Partei begehrte Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes dahingehend angedacht werden, diese mittels einem zuegigeren Verfahren herbeizufuehren, als es der ordentliche Rechtsweg vorsieht. Wir als betroffene Partei halten diese Rechtssache für allgemein von grosser Bedeutung, insbesondere für das Fortkommen und Fortbestehen hauptsaechlich kleinerer Parteien und die Grundrechtsverletzung und grundrechtsgleiche Rechtsverletzung für dermassen erheblich, dass unabwendbare Folgen zum Nachteil der beschwerdefuehrenden Partei zu erwarten sind, in diesem Fall die endgueltige Vereitelung der ordnungsgemaessen Teilnahme an der Bundestagswahl.

Das BVerfG möchte in concreto den oben dargelegten Beschwerdeantrag der Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV) dahingehend ueberpruefen:

1. Ob aus der Entscheidung des Bundeswahlausschusses vom 4.7.2013, auf Nichtanerkennung der Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV) für die Bundestagswahl zum 18. Deutschen Bundestag am 22.9.2013, aus formellem Grund nach Paragraph 18 Abs.4 BWG, kausal eine Grundrechtsverletzung nach Art.3 Abs. 1 i. V. m. Abs. 2 GG auf Gleichbehandlung und eine Verletzung des grundrechtsgleichen Rechtes aus Art.38 Abs.1 GG auf Ausuebung des Wahlrechtes auf Grundlage der dort aufgefuehrten Wahlgrundsaeetze, resultiert.
2. Ob die Entscheidung des Bundeswahlausschusses vom 4.7.2013 auf Nichtanerkennung der Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV) in Berlin für die Bundestagswahl 2013 durch die obige Rechtsverletzung auch ursaechlich dafuer ist, dass die Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV), als Rechtstraeger des vorgenannten Grundrechtes und grundrechtsgleichen Rechtes, wesentlich an der fristgerechten Einreichung von Wahlvorschlaegen im Sinne des Paragraphen 19, 2. Halbsatz BWG i. V. m. den Paragraphen 32 und 39 ff. BWO, an die Landeswahlleiter, und der damit zusammenhaengenden Verpflichtung zur Sammlung von einer vorgegebenen Zahl an Unterstuetzerunterschriften und der fristgerechten Einreichung derselben gemaess Paragraph 39 Abs. 3 BWO bei den

Landeswahlleitern, gehindert war, insbesondere, weil die angegebenen bindenden Fristen aus den vorgenannten Bestimmungen im Widerspruch zur tatsächlichen Praxis Anwendung fanden und weil der Partei, die für eine zeitgerechte und praxisnahe Umsetzung der oben genannten Erfordernisse aus dem BWG und der BWO, auf Grund der Entscheidung des Bundeswahlleiters unverschuldet, also fremdbestimmt die notwendigen Mittel in jedweder Richtung unerwartet wegbrachen.

3. Ob die veröffentlichte Entscheidung des Bundeswahlausschusses vom 4.7.2013 eine Divergenz zum Wortlaut des Paragraphen 18 Abs. 4a BWG dahingehend aufweist, dass die Bedeutung der „schwebenden Wirksamkeit der Entscheidung des Bundeswahlausschusses“ so den Bürgerinnen und Bürgern, die die beschwerdeführende Partei als Unterstützer benötigt, in dieser Art nicht vermittelbar ist.
4. Dass dieses Gericht die eingereichte Verfassungsbeschwerde, wegen der allgemeinen Bedeutung, und, weil dem Beschwerdeführer ein schwerer und unabwendbarer Nachteil aus der in Kürze anstehenden Bundestagswahl am 22.9.2013 ins Haus stünde, gemäss Paragraph 90 Abs.2, Satz 2 BVerfGG nicht auf den ordentlichen Rechtsweg verweist, sondern im Rahmen eines vorgezogenen Eilverfahrens prüft.
5. Unterstellt, die Rechtsverletzungen wurden durch das erkennende Gericht bejaht, wird um eine umgehende Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand ersucht, in allen 16 Bundesländern noch eine Wahlliste durch die Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV) durch die jeweiligen Landesverbände einreichen zu dürfen, bei gleichzeitiger Entbindung von der Verpflichtung zur umfassenden Sammlung von Unterstützerunterschriften,
6. **hilfsweise** wird um eine Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand ersucht, in allen 16 Bundesländern in einem Zeitrahmen von 14 Tagen bis 11 Tagen noch eine Wahlliste durch die Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV) durch die jeweiligen Landesverbände einreichen zu dürfen, bei

gleichzeitiger drastischer Reduzierung, mindestens 50%, der Vorgabenquote zur Sammlung von Unterstützerunterschriften.

b) Antragsberechtigung

Die Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV) erachtet sich als Antragsberechtigte im Sinne des Art.93 Abs. 1 Nr. 4a i. V. m. Paragraph 13 Nr. 8a, 90 ff BVerfGG, weil sie unabhängig von Ihrem Status nach Art.21 GG, wie „Jedermann“ das Recht auf Gleichbehandlung nach Art.3 Abs. 1 und 2 GG und das Recht nach 38 I GG auf Teilnahme an der Bundestagswahl wahrnehmen und die oben ausgeführte Rechtsverletzungen rügen möchte.

c) Verfahrensfähigkeit

Die Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV) erachtet sich als juristische Person in Form eines nicht rechtsfähigen Vereins als grundrechtsmündig und trägt die Beschwerde beim zuständigen Gericht durch seinen ausdrücklich dazu bevollmächtigten Bundesvorsitzenden vor.

d) Beschwerdegegenstand

Die Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV) behauptet die Verletzung des Grundrechtes aus Art.3 Abs. 1 und 2 GG und die Verletzung des grundrechtsgleichen Rechtes aus Art.38 I GG durch die öffentliche Gewalt in seiner Ausprägung als Bundeswahlausschuss unter Leitung des Bundeswahlleiters. In diesem Fall ist der taugliche Angriffsgegenstand der beschwerdeführenden Partei ein grundrechtsverletzendes Tun der vollziehenden Gewalt. In der in Rede stehenden Auseinandersetzung handelt es sich bei der Entscheidung der Nichtanerkennung der Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV) durch den Bundeswahlausschuss um einen Akt deutscher staatlicher Gewalt in Form von Bundesstaatsgewalt.

e) Beschwerdebefugnis

1. Ruegefaehige Rechte

Diese von der Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV) hiermit erhobene Verfassungsbeschwerde dient dem Schutz des ihr zustehenden Grundrechtes aus Art.3 Abs.1 und 2 GG und des grundrechtgleichen Rechtes aus Art.38 I GG.

2. Moeglichkeit einer Rechtsverletzung

Im obigen Sachverhalt zur Zulaessigkeit hat die Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV) das Verletztsein der ihr zustehenden Rechte aus Art.3 und 38 GG plausibel dargelegt. Die angezeigten und mit dieser Verfassungsbeschwerde angegriffenen Verhalten mit Rechtsverletzungen erzeugen eine für die Partei mitunter verheerende Aussenwirkung und spricht darueber hinaus auch explizit einen grundrechtsrelevanten Regelungsgehalt an.

3. Betroffenheit

Die Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV) ist durch die Entscheidung des Bundeswahlausschusses in Form der direkten Auswirkungen zu ihren Ungunsten als Grundrechtstraeger s e l b s t betroffen. Es wird, siehe oben, ein eigenes zustehendes Recht geltend gemacht. Das Bundeswahlgesetz und die Bundeswahlordnung greifen mit ihrem Regelungsgehalt auch in ihre Grundrechte direkt ein und die Entscheidung des Bundeswahlausschusses der Nichtanerkennung zur Bundestagswahl bedingte, dass die Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV) auch direkter Adressat der angegriffenen Regelung ist.

Aus dem vorher genannten, resultiert auch der Umstand, dass die Rechtsbeeinträchtigung durch die Entscheidung des Bundeswahlleiters, die Partei

„Deutsche Nationalversammlung“ (DNV) unmittelbar betreffen, denn es sind keine weitere Zwischenakte mehr zu erwarten.

5. Erschoepfung des Rechtsweges/Subsidiaritaet

Die Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV) betrachtet die vorangegangene Beschwerde beim BVerfG gegen die Nichtzulassung durch den Bundeswahlleiter, trotz erfolgreichem Ergebnis, hier nachtraegliche Zulassung zur Bundestagswahl durch Aufhebung der Entscheidung des Bundeswahlausschusses, als nicht zielfuehrend und auch nicht wirksam, die eingetretene Rechtsverletzung abzustellen und den bisher erlittenen Grundrechtsschaden zu kompensieren.

Sie betrachtet die Angelegenheit desweiteren als von allgemeiner Bedeutung, insbesondere fuer kleinere Parteien und erachtet eine moegliche Rechtswegerschoepfung als nicht zumutbar, angesichts des kleinen Zeitfensters bis zur Bundestagswahl. Aus diesem Grund erbittet sie direkten Rechtsschutz durch das BVerfG.

6. Frist

Die Entscheidung des Bundeswahlausschusses ist am 4.7.2013 gegen die Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV) ergangen. Auch wenn eine Beschwerde im Rahmen des Paragraphen 18 Abs.4a BWG beim BVerfG eingelegt wurde und der Beschwerde abgeholfen werden konnte, so ist der Beschwerdegrund klar voneinander abweichend. Diese Beschwerde ist deshalb noch in der 1 - Monatsfrist befindlich.

7. Rechtsschutzbeduerfnis

Die angegriffene Entscheidung ist seit dem 23.7.2013 bereits aufgehoben, jedoch dauert die Auswirkung der ursaechlichen Rechtsverletzung an. In so fern konstatiert die Partei

„Deutsche Nationalversammlung“ (DNV) ein Fortbestehen eines ihr zustehenden Rechtsschutzbeduerfnisses.

II. Begründetheit

Sachverhalt zur Begründetheit

Diese Verfassungsbeschwerde der Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV) im Bereich der Begründetheit zielt in concreto auf die Anhoerung vor dem Bundeswahlausschuss am 04.07.2013 im Bundestag in Berlin ab, welche hier im nachfolgenden Link auf der Netzseite des Deutschen Bundetages unter dem Menuepunkt „Mediathek“ in der Zeit von 03:00:00 bis 03:50:00 Uhr dokumentiert ist:

<http://www.bundestag.de/Mediathek/index.jsp?action=search&contentArea=details&offsetStart=0&id=2499108&&instance=m187&categorie=Ausschusssitzungen&mask=search&&destination=&destination=search>

Begründet wird nachfolgend, warum die Beschwerdefuehrerin davon ausgeht, dass vorgenannte Anhoerung der Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV) vor dem Bundeswahlausschuss und die darauf basierende Nichtzulassung ursaechlich für die oben angegebenen Rechtsverletzungen war.

1. Bewertung der Rechtswirkung der Entscheidung des Bundeswahlausschusses beschraenkt auf die Anhoerung (Innenverhaeltnis)

Unsere Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV) wurde als laufende Nr. 34 gegen 14.00 Uhr durch den Bundeswahlleiter aufgerufen. Vorausgegangen waren bereits etliche Nichtanerkennungen anderer kleinerer Parteien, bei denen auf Grund eines Formfehlers die Abfertigung im sogenannten „5 – Minutentakt“ erfolgte, einschliesslich der am Ende ordnungsgemaess verkuendeten Rechtsbehelfsbelehrung.

Die Anhörung der Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV) nahm aber, im Vergleich zu den anderen bereits verhandelten und im Besonderen abgelehnten Parteien, von Beginn an einen ganz anderen Verlauf und mit einer Zeitdauer von ca. 50 Minuten war die Anhörung auch aussergewöhnlich, naemlich um das Zehnfache laenger.

Fraglich ist an dieser Stelle, ob es dem Bundeswahlleiter, ob der vorgenannten Besonderheiten des weiteren Verlaufes, tatsaechlich um ein Erforschen der Faktenlage für die Beteiligungsanzeige der Partei „in freier Beweiswuerdigung durch den Bundeswahlausschuss“ ging, oder lediglich um ein Vortaeuschen von Ernsthaftigkeit, weil das negative Ergebnis für diesen, im Hinblick auf die zu behandelnde Partei, bereits im Voraus feststand.

Im ersten Teil der Anhörung zur Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV), Beginn bei 03:02:00 bis ca.03:09:00, ist zunaechst auffaellig, dass der Bundeswahlleiter zur eidesstattlichen Versicherung, als Bestandteil der Beteiligungsanzeige, mehrmals nachfragen musste und den Inhalt derselben anscheinend gar nicht kannte, weil er sich zweimal ausfuehrlich die Zielrichtung der eidesstattlichen Versicherung von mir erklaren liess.

Ferner gab er an, dass die Unterschriften unter der ersten Beteiligungsanzeige vom 03.05.2013 nicht satzungsgemaess gewesen seien, weil man angeblich die Unterschreibenden nicht zuordnen konnte. Hinsichtlich dieser Angabe stellte man um 03:14:00 auf Befragen eines Beisitzers fest, dass die Unterschriften auf dieser ersten Beteiligungsanzeige dann entgegen der ersten Angabe des Bundeswahlleiters doch vollstaendig und auch korrekt waren – wobei der Bezug „korrekt“ mit einschliesst, dass die sieben Unterschreibenden unstreitig dem Bundesvorstand genaess hergereichter Satzung und auch der Auflistung in der Beteiligungsanzeige allen ausgewiesenen Funktionen zugeordnet werden konnten.

Ausserdem kann an Hand der Aufzeichnung der Anhörung nachgewiesen werden, dass sich der Bundeswahlleiter ausschliesslich auf z w e i Beteiligungsanzeigen bezieht, obwohl im Rahmen der Nachbesserung aus Paragraph 18 Abs.3 Satz 2 BWG drei Beteiligungsanzeigen durch die in Rede stehende Partei angefertigt und fristgerecht eingereicht wurden. In so fern wurde ein für die freie Beweisfuehrung moeglicher

Bewertungsgegenstand zum Nachteil der anzuhoerenden Partei durch den Bundeswahlleiter nicht in die Eroerterung einbezogen.

Anschliessend verhandelte der Ausschuss die Frage, ob die Kurz- und Langfassung des Namens der Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV) schon durch den Briefkopf bzw. durch das Parteilogo im Sinne der Anforderung aus Paragraph 18 Abs.2 BWG gegeben wäre.

Für uns als beschwerdefuehrende Partei faellt dabei ins Auge, dass von ca.03:09:00 bis ca. 03:29:00 der Aufzeichnung vom 04.07.2013 in die Verhandlung dieser Frage zur Beteiligungsanzeige eine Person involviert ist, die aus unserer Blickrichtung vorne links am Tisch des Bundeswahlleiters sitzt. Laut der Internetseite des Bundeswahlleiters:

http://www.bundeswahlleiter.de/de/ueber_uns/mitarbeiter/

handelt es sich dabei um die wissenschaftliche Mitarbeiterin Frau Dr. Katharina Boeth. Frau Dr. Boeth wurde nach der Aufzeichnung gegen 00:05:16 als Mitglied des „Teams“ des Bueros des Bundeswahlleiter namentlich durch den Bundeswahlleiter vorgestellt und wie vorgenannt auch als wissenschaftliche Mitarbeiterin angegeben. Gegen 00:05:30 wird Frau Dr. Boeth, im Anschluss an die Vorstellung des amtierenden Bundeswahlausschusses als Unterstuetzerin des Bundeswahlleiters angegeben.

In der oben genannten Sequenz des Mitschnitts, von ca.03:09:00 bis ca. 03:29:00, erklart Frau Dr. Boeth konkret einem Beisitzer des Bundeswahlausschusses, hier namentlich festzustellen mit Herrn Neumann, ihre Sichtweise des rechtlichen Erfordernisses aus Paragraph 18 Abs.2 BWG „...in der Beteiligungsanzeige ist anzugeben...“. Dabei kommt es tatsaechlich zu einem wiederholten themenbezogenen Austausch zwischen ihr und diesem benannten Beisitzer. Laut den Angaben des Bundeswahlleiters zum Tagesordnungspunkt 2, gegen ca. 00:08:25 der Aufzeichnung, „haben sich die Beisitzer des Bundeswahlausschusses an Recht und Gesetz zu halten“ und das damit nur dem Bundeswahlausschuss das Recht obliegt, die Beteiligungsanzeigen der zur Bundestagswahl gemeldeten Parteien zu verhandeln, zu beraten und zu entscheiden.

An der Art der Gesprächsführung durch Frau Dr. Boeth, insbesondere zum speziellen Punkt der Ausfertigung der Beteiligungsanzeige der Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV), könnte eine unzulässige Einwirkung auf ein Mitglied des Bundeswahlausschusses vorliegen und wegen der geführten Diskussion innerhalb des ganzen Gremiums unter Umständen sogar eine Beeinflussung aller Beisitzer.

Fraglich ist nun, wie die Teilnahme von Frau Dr. Boeth bei der Verhandlung des Bundeswahlausschusses rechtlich zu bewerten ist, denn laut den Angaben des Bundeswahlleiters, liegt die Verhandlungsführung ausschliesslich bei diesem, siehe Mitschnitt ca. 00:01:15 und Frau Dr. Boeth wäre in ihrer Funktion unstreitig kein Beisitzer, sondern aus dem Büro des Bundeswahlleiters zu dessen Unterstützung vorgesehen.

In so fern besteht darüber hinaus somit auch Klärungsbedarf, worin in concreto die Unterstützung des Bundeswahlleiters durch Frau Dr. Boeth gesehen werden kann und ob die Erklärung der vorangegangenen Entäusserung der Sichtweise des Bundeswahlleiters zur tatsächlichen Ausgestaltung der Beteiligungsanzeige der beschwerdeführenden Partei, durch Frau Dr. Boeth, gegenüber dem einen und anderen Beisitzer, wie in der oben angegebenen Sequenz ersichtlich, bereits eine unzulässige Überschreitung ihrer Funktion darstellt.

Wir, als beschwerdeführende Partei, gehen von einer gewissen Weise beeinflussenden Einwirkung durch Frau Dr. Boeth in Richtung Beisitzer und damit dem Ausschuss in seiner Gesamtheit aus. Diese Einschätzung wird insbesondere dadurch gerichtsfest tragfähig, weil Frau Dr. Boeth ein speziell präpariertes Bundeswahlgesetz ergreift, dieses aufschlägt und, obwohl der Beisitzer, Herr Neumann, sein Wort in Bezug auf die Ausgestaltung unserer Beteiligungsanzeige unstreitig an den Bundeswahlleiter richtet, daraufhin Frau Dr. Boeth die nachfolgenden Erklärungen zum Anforderungshorizont aus Paragraph 18 Abs.2 BWG gibt. Dass der Bundeswahlleiter Frau Dr. Boeth konkludent gewähren lässt, entlässt diesen jedoch nicht aus der Verantwortung dahingehend, die Funktion der „Unterstützung“ dergestalt zu begrenzen, dass es im Schwerpunkt bei einer Frage zur Beteiligungsanzeige nicht zu einer Diskussion zwischen den Mitarbeitern des Büros und den Mitgliedern des Ausschusses kommt.

Eine Ueberpruefung der vollstaendigen Sequenz des Mittschnittes vom 04.07.2013 und auch des vom 05.07.2013, durch uns als beschwerdefuehrende Partei, ergab, dass diese Art der Verhandlungsfuehrung, die wir unserer Meinung nach berechtigt angreifen, bei keiner anderen Partei, die verhandelt wurde, vorzufinden war. Der Bundeswahlleiter setzt sich durch das Zulassen der Entaesserung einer rechtlichen Auffassung eines Mitgliedes seines Mitarbeiterstabes gegenueber den Mitgliedern des Bundeswahlausschusses unstreitig in Widerspruch zu seinen eigenen Angaben, siehe ca. 03:09:20 des TV-Mitschnittes vom 04.7.2013, wo er wiederholt angibt, „gleiche Sachverhalte muessten gleich behandelt werden“. Dass der Bundeswahlleiter sich diesbezieglich auf Art.3 GG und dem darin enthaltenen Gleichheitsgrundsatz berufen hat, ist hier evident.

Als beschwerdefuehrende Partei halten wir den vorgetragenen Vorwurf als massgeblich bedeutsam für die Bewertung der rechtlichen Auswirkung der Ungleichbehandlung nach Art.3 I und II GG, sowohl im Innen- als auch Aussenverhaeltnis unserer Partei „Deutsche Nationalversammlung (DNV).

Als Begrueundung dafuer moechten wir ergaenzend ausfuehren, dass im oben ausgefuehrten Teil unseres Vorwurfes die Grundlage die Beteiligungsanzeige vom 03.05.2013 darstellte und der dort enthaltene Mangel des fehlenden Namens der Partei in ausgeschriebener Form, waehrend es ja daneben jedoch noch die weiteren Beteiligungsanzeigen vom 02.06.2013 und vom 17.06.2013 gab. Auf Grund der erfolgreichen Nachbesserung durch uns als beschwerdefuehrende Partei, auf Massgabe des Paragraphen 18 Abs.3 Satz 2 BWG, existierte bereits mindestens eine weitere Beteiligungsanzeige, die das Erfordernis des ausgeschriebenen Namens der Partei und der Kurzbezeichnung enthielt.

In so fern wurde im Bundeswahlausschuss eine Verhandlung, ausgerichtet auf eine Entscheidung in tendenzieller Richtung auf eine Ablehnung wegen Formmangels, von fast 30 Minuten gefuehrt, die zu keiner Zeit, in Ermangelung eines Hinweises auf die anderen Beteiligungsanzeigen durch den Bundeswahlleiter, jemals zielfuehrend sein konnte.

Diese Verhandlung zum vorgenannten Mangel in der Beteiligungsanzeige vom 03.05.2013, welcher realiter gar nicht mehr existent war, bedingte jedoch eine

Vorpraegung des gesamten Bundeswahlausschusses zu unseren Ungunsten. In so fern handelte der Bundeswahlausschuss hier definitiv nicht nach Recht und Gesetz, da der Bundeswahlleiter es unterliess, die erfolgreiche Maengelbeseitigung durch uns als hier beschwerdefuehrende Partei durch die nachfolgenden Beteiligungsanzeigen dem Gremium mitzuteilen. Der Bundeswahlleiter muss sich hier von unserer Seite als Beschwerdefuehrer den Vorwurf gefallen lassen, in einer so wesentlichen Verhandlung, in der ueber das „Wohl und Wehe“, also die Existenzberechtigung und den Fortbestand unserer Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV) in Bezug auf die Teilnahme an der anstehenden Bundestagswahl entschieden wird, einen gleichen Sachverhalt ungleich behandelt zu haben.

Ergaenzend stellte sich im weiteren Verlauf der Verhandlung heraus, dass diverse Landesverbaende der beschwerdefuehrenden Partei existieren, die der Bundeswahlleiter an Hand seiner Unterlagen zunaechst verneinte. Durch Hinweise seines Bueropersonals erhielt dieser dann Kenntnis davon, dass bis zu einem bestimmten Stichtag bereits vier Landesverbaende der Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV) beim Bundeswahlleiter mittels ordnungsgemaessen Gruendungsunterlagen gemeldet worden waren und auch noch am 03.07.2013 zwei weitere Landesverbaende unstreitig in ihrer rechtlichen Existenz nachgewiesen wurden.

Allein auf den bisherigen Verlauf der Anhoerung abstellend, kann im Ergebnis festgestellt werden, dass der Bundeswahlleiter absolut ungenuegend ueber die eingereichten Beteiligungsanzeigen und den weiteren Unterlagen, die diese tragen sollten, informiert war oder bewusst nur das vorgab zu wissen, was er auch im Gesamten reduziert, ansprach. Auch in diesem Punkt setzte sich der Bundeswahlleiter uns gegenueber zum Nachteil in Widerspruch zu seinen eigenen Angaben, wonach nur „tatsaechliche Gegebenheiten am Tage der Feststellung“ gelten sollten. Eine Gelegenheit, diesen Punkt ebenfalls zu klaeren, wurde mir als Vertreter unserer hier beschwerdefuehrenden Partei jedoch nicht gegeben, so dass ich die vier weiteren Landesverbaende an Hand mitgefuehrter Gruendungsunterlagen nicht mehr nachweisen konnte.

Dieses Informationsdefizit zeigte sich insbesondere offen durch die Anregung eines Beisitzers, entgegen dem weiteren Vorgehen des Bundeswahlleiters, uns formell

abzulehnen, weiter ergaenzend eine materiell-rechtliche Pruefung der Partei vorzunehmen.

Fraglich ist an dieser Stelle, welche Intention dieses anschaulich nachgewiesene Informationsdefizit beim Bundeswahlleiter gehabt haben koennte. Unterstellt, der Bundeswahlleiter haette gar nicht die Absicht gehabt, die Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV) ueberhaupt zur Bundestagswahl zuzulassen, macht dieses Unwissen hinsichtlich der zum materiell-rechtlichen Teil der Anhoerung gehoerenden Fakten auch einen plausiblen Sinn.

In der weiteren Eroerterung ab 03:25:25 wird nun durch den Bundeswahlausschuss der materiell-rechtliche Sachvortrag im Sinne des Paragraphen 2 PartG in unserer Beteiligungsanzeige auf Wunsch des Beisitzers, Herrn Geil, geprueft. Interessant ist dabei, dass Herr Geil davon ausgeht, dass sich das Gremium nach seiner Auffassung bereits ein Bild zur formellen Ablehnung gemacht hat und dass die anderen Bundeswahlausschussmitglieder diese Einstellung für die materiell-rechtliche Pruefung zurueckstellen moechten.

Es erfolgte eine Ueberpruefung der Parteieigenschaft nach Paragraph 2 PartG.

Auf Vorschlag des Beisitzers des Bundeswahlausschusses, Herrn Dr. Risse, wurde durch den Bundeswahlleiter entschieden, direkt eine Beschlussfassung zum formalen Anforderungshorizont herbeizufuehren. Laut der Mittschnittsequenz bei 03:49:19, las der Bundeswahlleiter als Beschlussgrundlage tatsaechlich die Formulierung zur Vorpruefung vor, nach der die Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV) aus formalen Gruenden abzulehnen war. Der Beschluss der Nichtanerkennung als Partei für die Bundestagswahl erging mit 7 : 3 Stimmen bei 1 Enthaltung.

Alle Hinweise meinerseits, als Vertreter unserer Partei, auch auf die Nachbesserung und damit der Maengelbeseitigung und das Zusammenfuehren aller Dokumente, fanden keinen Eingang. Eine weitere Befragung meinerseits, vor der Beschlussfassung, erfolgte

ebenfalls nicht. Die fehlende Unterschrift durch Nichtanerkennung der Unterschrift durch Herrn Willi Kumm wurde nicht mehr angesprochen.

Im Ergebnis bleibt festzustellen, dass der Bundeswahlleiter eine voellig ungenuegende Anhoerung zur Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV) durchgefuehrt hat, die rechtlich nicht haltbar war, wie die Entscheidung des 2. Senates des BVerfGes vom 23.07.2013 in der Beschwerde nach Paragraph 18 Abs.4 a BWG unter dem Geschaeftszeichen **2 BvC 3/13** aufzeigt. Im Hinblick auf den obigen Antrag der Beschwerdefuehrerin wurde hier ein gleicher Sachverhalt voellig ungleich behandelt und somit die Rechtsverletzung des Grundrechtes der Partei aus Art. 3 Abs. 1 und 2 GG auf Gleichbehandlung verletzt.

Die vorgenannte grundrechtsverletzende Entscheidung bedingte auch eine damit einhergehende weitere Grundrechtsverletzung. Es handelt sich dabei um die tatsaechliche Vereitelung der Teilnahme an der Bundestagswahl 2013 durch den Nichtzulassungsbeschluss entgegen des grundrechtsgleichen Rechtes aus Art.38 I GG auf Teilnahme und Teilhabe für eine ordnungsgemaess im Sinne des BWGes und der BWO angemeldeten Partei.

Der von Beginn an angreifbare Beschluss des Bundeswahlausschusses zur Nichtanerkennung der Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV), bedingte durch die vorgenannten beiden Grundrechtsverletzungen kausal schwerwiegende Benachteiligungen für die beschwerdefuehrende Partei, die sich in vielfaeltiger Form entaeusserten.

Im Innenverhaeltnis brachen der Partei etliche Mitglieder weg, die darauf vertrauten, dass die Partei auch zur Bundestagswahl zugelassen wird. Im Hinblick darauf, dass wir auch als Anfaenger in der Politik grundsaeztlich Wert auf Gruendlichkeit und sorgfaeltiges Abarbeiten aller Anforderungen legten, konnten die Mitglieder zu recht darauf vertrauen, dass wir zur Wahl antreten wuerden. Dieser Vertrauensvorschuss wurde uns wieder entzogen und wir verloren etliche Mitglieder an die zugelassenen Konkurrenzparteien. Ferner gestaltete sich die Mitgliedersammlung nun auch erheblich schwerer, als zuvor und auch in Bereitschaft stehende finanzielle Unterstuetzer wendeten sich von uns ab.

Auf die Realitaet bezogen machten wir die negative Erfahrung, dass der Wortlaut des Paragraphen 18 Abs. 4a BWG und seine Bedeutung der schwebenden Wirksamkeit des Beschlusses zur Nichtzulassung auf Grund der beim BVerfG eingereichten Beschwerde, den wegbrechenden Mitgliedern ueberhaupt nicht vermittelbar war.

Zwischen dem endgueltigen Termin zur Einreichung der Wahlvorschlaege bei den Landeswahlleitern, lagen ab dem Moment der Entscheidung zur Nichtzulassung lediglich 11 Tage. Die Entscheidung des BVerfGes erfolgte sogar erst am 23.7.2013, also dem endgueltigen Termin vom 15.7.2013 ganze 8 Tage folgend.

Die Grundrechtsverletzungen waren kausal, also definitiv ursaechlich für die Vereitelung der angedachten Realisierung der zu unserer Partei zu rechnenden Expektanzen. Unter den gegebenen negativen Auswirkungen der Entscheidung auf Nichtzulassung verlangsamte sich der Aufbau weiterer Landesverbaende, verloren wir Mitglieder und konnten wir auch nur sehr schwer weitere neue Mitglieder für unsere Partei durch Ueberzeugungsarbeit gewinnen. Fraglich ist, in wie weit Expektanzen dieser Art durch das Grundrecht geschuetzt werden. Wir als beschwerdefuehrende Partei vertreten die Ansicht, dass analog den Regelungen zum Zivilrecht, auf der Grundlage einer einheitlichen Rechtsordnung, unsere Expektanzen ebenfalls dem Grundrechtsschutz aus Art.3 Abs. 1 und 2 GG und Art.38 Abs. 1 GG unterlagen.

2. Bewertung der Rechtswirkung der Entscheidung des Bundeswahlausschusses beschraenkt auf die Anhoerung (Aussenverhaeltnis)

In der Aussenwirkung verhaelt es sich so, dass die Rechtsverletzungen sich dahingehend entaeusserten, dass uns massiv tausende von Unterstuetzern für Unterschriften verloren gingen, obwohl wir in Folge der 11 bisher erfolgreich gegrundeten Landesverbaende, zu jedem Landesverband einen Bestand an Unterstuetzern vorbereitend aufbauten. Im Falle einer Zulassung waere es uns möglich gewesen, innerhalb der kurzen Zeit, in den meisten Landesverbaenden nicht nur die Landesliste zu waehlen, sondern auch die erforderlichen Unterschriften zu bekommen.

Dass diese Expektanzen der Realitaet entsprachen, koennen Sie an unserer gegenwaertigen Netzseite ablesen:

Nachdem diese am 18.07.2013 durch eine massive DDOS-Attacke auf dem Server für die DNV für 7 Tage abgeschaltet werden musste, weil sich die Angreifer dadurch erhofften, dass das mit unserer Beschwerde betraute BVerfG keine Gelegenheit bekommen sollte, unserer Netzseite einzusehen, ging diese wieder Online. Der Tagesdurchschnitt liegt bei ca. 1000 Zugriffen seit der Entscheidung des BVerfGes zu unseren Gunsten.

Auf der alten Netzseite bis zum 18.6.2013, lagen ca. 36000 Zugriffe insgesamt gelistet vor, bei einem Tageszugriff von ueber 500 Personen. Wir hatten somit sehr gute Voraussetzungen gehabt, dem Erfordernis der Unterschriftensammlung entsprechen zu koennen.

Wir sprechen als beschwerdefuehrende Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV) nicht ohne Grund von einer massiven Vereitelung der Teilnahme an der Bundestagswahl infolge der negativen Auswirkungen der rechtsfehlerhaft getroffenen Entscheidung zur Nichtanerkennung als Partei für die Bundestagswahl durch den Bundeswahlausschuss.

3. Gesamtergebnis der Begründetheit

Im Ergebnis der vorliegenden Begründung unserer Verfassungsbeschwerde als beschwerdefuehrende Partei „Deutsche Nationalversammlung (DNV)“, ist darauf abzustellen, dass die rechtsfehlerhafte Entscheidung des Bundeswahlausschusses zwei wesentliche Rechtsverletzungen an Grundrechten bzw. grundrechtsgleichen Rechten bedingt hat, die kausal fuer die eingetretenen negativen Folgen sind, die sich am Ende zum Nachteil für die Partei in der zeitlichen und tatsaechlichen, nicht von der Partei zu vertretenden Unmoeglichkeit der Einreichung der erforderlichen Landeswahllisten und der Sammlung der dazu notwendigen Unterstuetzerunterschriften bei den Landeswahlleitern ergaben.

Die oben dargelegten Gründe für die Rechtsverletzungen beruhen den Regelungsgehalt des Grundrechtes aus Art.3 Abs. 1 und 2 GG und auch den Regelungsgehalt des grundrechtsgleichen Rechtes aus Art.38 I GG.

Das in dieser Beschwerde entscheidende Gericht soll auf dieser Grundlage entscheiden, dass die beschwerdeführende Partei an diesen Benachteiligungen weder beteiligt noch in irgendeiner Weise dafür verantwortlich gemacht werden kann, die nachgewiesene Kausalität zwischen Ursache und Wirkung ausschliesslich der Sphäre des Bundeswahlleiters zugerechnet werden kann.

Den oben aufgeführten Anträgen entsprechend ersuchen wir als Beschwerdeführer im Rahmen der Aufhebung der noch anhaltenden Rechtsverletzung, diese hinsichtlich ihrer Folgen dadurch zu kompensieren, dass uns eine Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand gewährt wird, die es uns ermöglicht, das vorgehaltene Recht auf Teilnahme an der Bundestagswahl als Wahlgrundsatz aus Art.38 I GG umgehend auszuüben. In concreto soll uns das Recht zugestanden werden, innerhalb einer Frist von 11 – 14 Tagen bei allen 16 Landeswahlleitern unsere Landeslisten mit Wahlvorschlägen einzureichen. Auf Grund dessen, dass wir unsere vormaligen Unterstützer weitestgehend an die Konkurrenzparteien verloren haben und davon auszugehen ist, in der Kürze der Zeit nicht die erforderlichen Unterschriften für die Landeslisten mehr zusammen zu bekommen, ersuchen wir das Gericht darauf zu erkennen, die Verpflichtung zur Unterschriftensammlung als auf diesen Einzelfall bezogene ausserordentliche Regelung aufzuheben.

Sofern dies nicht möglich ist, bitten wir um eine zumindest drastische Reduzierung aller Quoten, um mehr als 50%.

Zwei Kopien und diverse Anlagen anbei.

Berlin, den 1.8.2013

.....

Ferdinand Karnath, Bundesvorsitzender der DNV

Ende der Texteingabe der Verfassungsbeschwerde.

Fortsetzung des Einspruches zum Wahlberechtigten Nr.1:

Der gesamte Inhalt der vorstehenden Verfassungsbeschwerde ist für diesen Einspruch so zu bewerten, als dass ich als einsprechende Einzelperson gemäss Paragraph 2 BWahlPrG als Wahlberechtigter vorgetragen habe und n i c h t als Partei.

Meine wesentlichen Feststellungen zum Komplex der Unterschriftensammlung möchte ich Ihnen an dieser Stelle ebenfalls antragen. Seit Jahrzehnten wird in unserem Land leider ein sogenanntes subtiles Klima der Angst geschuert, welches sich extrem negativ, insbesondere bei Bürgerinnen und Bürgern bemerkbar macht, die bereits durch das hier bestehende System, meist als bildungsferne und bildungsunfähige Menschen, politisch entmündigt und bevormundet werden. Diese Darlegung lässt sich am Besten daran festmachen, dass wir bei einem grossen Teil der Bevölkerung, rein aus Angst, in die „rechte Ecke gestellt zu werden“, allein schon deshalb abgelehnt werden, weil in unserem Parteinamen „Deutsch(e)“ und „National(versammlung)“ stehen. Ferner ist die Nennung des Art.146 GG für viele Wähler ein Programmpunkt, den diese (noch) nicht verstehen. Desweiteren hat die gesamte Politik das deutsche Volk über Jahrzehnte erfolgreich vom Nationalbewusstsein abgekoppelt und dadurch erreicht, dass den angesprochenen Bürgerinnen und Bürgern Begriffe wie „Solidargemeinschaft“, „Nachbarschaftshilfe“ oder „gesellschaftliche Daseinsvorsorge“ nicht mehr verständlich vermittelt werden können.

Bedingt wird die Abwehrhaltung insbesondere durch die unzulaessige Verkuerzung des angeblichen „Kampfes gegen Rechtsextremismus“, der bis dato als legitim und angebracht angesehen wurde, auf den „Kampf gegen rechts“, der eine klare politische Kampfansage an den deutschen Mittelstand darstellt. Dieser angebliche „Kampf gegen rechts“, der mit erheblichen Mitteln durch die noch im Bundestag vertretenen etablierten Parteien finanziert wird, hat bereits zu einer Verfolgung politisch Andersdenkender im Land gefuehrt, die gegenueber Gewerbetreibenden, zu denen ich mich mit der erfolgreichen Massschneiderei meiner Frau zaehle, schon die Qualität einer Pogrome angenommen hat.

Der deutsche Historiker Arnulf Baring hat an Hand seiner wissenschaftlichen Abhandlungen zur NS-Zeit tragfaehig nachgewiesen, dass die Nationalsozialisten unstreitig sogenannte nationalistische S o z i a l i s t e n waren, also politisch unstreitig und eindeutig „politisch links“ zugeordnet werden muessen. Vor diesem Hintergrund ist verstaendlich, dass die extreme Linke, die sich in der Oeffentlichkeit als „Antifa“ zunehmend der Kontrolle des Staates entzieht, in Wirklichkeit mit ihrem Vorgehen von Brandschatzungen und Zerstoerungen, wie z. B. von Laeden und Autos, es dem NS-Terror gleichtun und deshalb auch als Antifa-SA angesehen werden kann und muss.

Zur Zeit sind alle im Bundestag vertretenen Parteien politisch links zu verortende Parteien und an Hand der Tagespolitik kann man ersehen, dass wir nun bei einer grossen Koalition zwischen CDU/CSU und SPD, wegen der Oeffnung der SPD zur Partei, „Die Linke“ und dem willfaehrigen Verhalten der Gruenen gegenueber der SPD, und dem Machtanspruch beider nachgenannten Parteien für die Bundestagswahl 2017, einen (europeanational-)sozialistischen Bundestag, ohne wirksame politische Opposition, bekommen werden.

Ich habe mit der DNV diese Entwicklung schon 2009 prognostiziert und deshalb mit der DNV versucht, gegen diese weitere Ausformung eines quasi sozialistischen Einparteienstaates, den das Grundgesetz ueber Art.139 GG gar nicht zulaesst, gegenzusteuern. Mit der DNV wollte ich erstmalig seit Bestehen der BRD die bis heute ausschliesslich ausserparlamentarisch existierende, nach dem Grundgesetz aber voellig legitime politische Rechte, mehrheitlich durch das deutsche Volk in den Bundestag waehlen lassen.

Bevor der Bundeswahlleiter seine rechtswidrige Entscheidung gegen mich und die DNV traf und auch veroeffentlichte, war es uns möglich, zum Beispiel durch unser Mitglied aus Niedersachsen,

Herrn Burkhard Zajonc, Markthaendler in Hannover (Zentrum),

an nur einem einzigen Tag die erforderlichen 2000 Unterschriften für das betreffende Bundesland Niedersachsen zusammen zu bekommen.

Das Gleiche wäre unserem Mitglied aus Hamburg,

Herrn Hans Riedel (Gastronomie und Beherbergungsbetrieb)

in nur wenigen Stunden möglich gewesen.

Im Falle von Schleswig-Holstein haette unser Mitglied,

Herr Heemann (Busunternehmen),

für die Sammlung der erforderlichen Unterstuetzerunterschriften da fuer bis zu drei Tage laenger gebraucht, aber für alle drei Beispiele mag dieselbe Erkenntnis dienen: Das Erfordernis der Unterstuetzerunterschriften wäre für mich und meine Partei in den Bundeslaendern, in denen wir am Tag der Anhoerung schon Landesverbaende hatten, ueberhaupt kein Problem gewesen.

Im realen Leben, vor dem Hintergrund der Kenntnis unserer Ablehnung, war es den vormaligen Unterstuetzungswilligen in der kurzen verbleibenden Zeit nicht mehr zu vermitteln, ihre wichtige, auf einmal beschraenkte Stimme, nun trotzdem noch uns zu geben, zumal die meisten Menschen sich bei Ihrer Ablehnung darauf beriefen, dass es

noch keiner Partei gelungen war, je wieder zugelassen zu werden, nachdem der Bundeswahlleiter sie abgelehnt hatte. Dass es am Ende erstmalig doch unserer Partei als einzige von 11 weiteren gelang, doch noch zugelassen zu werden, veraenderte nichts an der Haltung dieser Personen, auch schon, weil die Entscheidung des BVerfGes erst am 23.07.2013 erging, insgesamt 8 Tage nach Fristende für die Einreichung der Landeswahllisten.

Unsere ganze Aufbauarbeit und unser bisher geleistetes Vermoegen an politischer Ueberzeugungsarbeit wurden ueber Nacht faktisch neutralisiert bzw. zerstoert. Jetzt, im Nachhinein, bereuen aber schon tausende Waehlerinnen und Waehler, ihre Stimme nicht doch uns gegeben zu haben. Wir haben unseren Wahleinspruch erst seit ein paar Tagen in der Aussendarstellung meiner Person und der Partei DNV in die Oeffentlichkeit getragen und seitdem haben sich meinem Einspruch bereits Menschen im vierstelligen Bereich durch eine gesonderte Erklaerung angeschlossen. Zur Unterstreichung meines wirkungsvollen Handelns, fuege ich am Ende, in der entsprechend markierten Anlage, einige Beitrittserklaerungen von Nichtmitgliedern der DNV und separat von Mitgliedern der DNV bei.

An dieser Stelle möchte ich auf folgendes hinweisen:

Dieser Einspruch wird für einen weitergehenden Beitritt durch Waehlerinnen und Waehler von mir solange offen gehalten, bis der Wahlpruefungsausschuss seine endgueltige Entscheidung getroffen hat. Über den weiteren Zugang von Erklaerungen von Beitretenden werde ich Sie auf dem Laufenden halten.

Oben wurde von mir angegeben, dass ich und meine Partei zwischen 18,13% und 20,13% an Waehlerstimmen auf uns haetten vereinigen und damit auch die Sitzverteilung des neuen Bundestages wesentlich mitbestimmen haetten koennen. Um dies plausibel zu untermauern, dienen die nachfolgenden Ausfuehrungen.

Als es darum ging, die erforderlichen Unterstuetzerunterschriften zu erlangen, waren wir gezwungen, die Sammelaktionen in neun Bundeslaendern vorzeitig abubrechen und auf diesen Tag der Wahlanfechtung auszurichten. Zunaechst einmal standen wir dem Aspekt

gegenueber, dass die von uns mit inszenierte neue Partei „AfD“ einen Zulauf erfuhr, der ganz unseren Vorstellungen entsprach. In so fern wiesen wir etliche Unterstuetzer an, damit die Stimmen nicht verloren gingen, sie zum Teil der „AfD“ zukommen zu lassen. Durch unsere Verbindungsleute im PraesidiumsBereich der CDU/CSU, wussten wir schon fruehzeitig, dass die „AfD“ nicht ueber die 5% - Huerde gelassen wuerde, weil die Bundeskanzlerin diesen Koalitionspartner definitiv n i c h t haben wollte. Schliesslich wurde die „AfD“ dazu aufgestellt, die staendig wegbrechenden aeusserst unzufriedenen Stammwaehler und Stammmitglieder der CDU/CSU/FDP zu sammeln und dann erfolgreich etwa um die 4,0% zu neutralisieren. Wir gehen davon aus, dass 2,5% der Stimmen, welche die „AfD“ erlangt hat, von unseren Mitstreitern stammen, zumal etliche enttaeuschte Mitglieder, ab dem 04.07.2013 direkt zur „AfD“ wechselten.

Wenn Sie meine Netzseite lesen, werden Sie feststellen, dass dort seit Ende 2009 durchgehend unser Leitbild „Otto von Bismarck“ propagiert wird. Ferner haben wir uns seit unserem Bestehen als aufkommendes Professorenparlament bezeichnet. Wenn Sie auf den Wahlkampf ab dem 04.07.2013 zurueckblicken, werden Sie herausfinden, dass sich die „AfD“ diese beiden Punkte meiner Person und der DNV zueigen gemacht hatte.

Wir wiesen darueber hinaus etliche Mitstreiter zu meiner Person und der DNV an, ihre Stimme angemessen auf den Teil der kleineren Parteien zu verteilen, die definitiv keine Chance zum Einzug haben werden, um am Ende dem Wahlpruefungsausschuss und dem BVerfG aufzeigen und auch nachweisen zu koennen, dass es moeglich ist, bis zu 20% an Stimmen der Waehler, allein wegen der bestehenden 5% - Huerde „ausfallen“ zu lassen und damit ganz erheblich die notwendige Opposition zu schwaechen. Ich und meine DNV haben einen Anteil von ca.6 % an diesen insgesamt verlorenen Stimmen.

Wie Ihnen bekannt ist, hat die CDU „ueberraschend“ fast 8% an Stimmen dazu gewonnen, darunter von 2 Millionen vormaligen Nichtwaehlern. Diese Nichtwaehler haben aber wir als DNV in vier Jahren seit 2009 durch unsere politische Aufklaerungsarbeit aufgebaut gehabt und n i c h t die CDU. Der prozentuale Anteil lag auch wesentlich hoeher, naemlich bei fast dem Doppelten, aber ein Teil unserer Klientel weigerte sich strikt, die CDU oder eine andere (etablierte) Partei, ausser mich und die DNV, zu waehlen und verblieb im grossen Kreis der Nichtwaehler. Um heute mit dem vorliegendem Einspruch am Ende durchdringen zu koennen, wiesen wir unsere aktivierten Nichtwaehler seinerzeit an,

anstelle von uns a u s s c h l i e s s l i c h die CDU zu waehlen, um gerade durch dieses ueberraschende Ergebnis aufzeigen zu koennen, dass diese Wahl vom Ablauf definitiv n i c h t den Anforderungen aus Art.20 II GG i.V. m. Art.38 I GG entsprochen hat. Mindestens 6% dieses Waehleranteiles zu Gunsten der CDU geht auf meine Person und der hinter mir stehenden DNV zurueck.

Im Ergebnis haetten wir allein mit den drei vorgenannten Posten aus dem Stand heraus 14,5% erreichen koennen. Rechnet man die 5-7% Nichtwaehler hinzu, die sich uns bei einer erfolgreichen Zulassung durch den Bundeswahlleiter angeschlossen haetten, waeren wir auf die oben angegebenen Gesamtwerte von 18,13% bis 20,13 % gelangt.

Im Uebrigen werden wir, sofern der Bundeswahlpruefungsausschuss meinen Einspruch hier ablehnen sollte, die oben eingefuegte Verfassungsbeschwerde mit Klaerungsbedarf hinsichtlich der Folgewirkung des Paragraphen 18 Abs. 4a BWG dem BVerfG als Wahlanfechtungsbeschwerde vorlegen.

Sofern Sie die vorstehenden Ausfuehrungen für eine reine Spekulation halten sollten, weise ich darauf hin, dass die Deutungshoheit der eingetretenen Waehlerwanderungen und des Waehlerverhaltens bei dieser stattgefundenen Bundestagswahl nicht ausschliesslich bei der Bundeskanzlerin und/oder den Wahlforschern liegt, sondern auch bei mir, und der DNV als Bestandteil des deutschen Volkes. Unsere besondere Staerke liegt in unserer Diskretion Im Uebrigen war es damals die FDP, die aus dem „Tief“ auf ein drei Mal so hohes Ergebnis gelangte, wie nach der letzten Umfrage zur Wahl 2009 vorlag. Auch diesem Ergebnis ging eine Ankuendigung der FDP in der Oeffentlichkeit als reine Spekulation voraus.

An dieser Stelle deshalb folgender Hinweis für Sie zur Erinnerung:

„Gleiches Recht für Gleiche“.

C. Ergebnis zu A und B

Haette der Bundeswahlausschuss mich und die DNV ordnungsgemaess zugelassen, haette ich ueber meinen Landesverbandes Berlin definitiv auf dem Wahlzettel und auch die hinter mir stehende DNV gestanden und wäre damit für unsere besondere Waehlerschaft auch im oben dargelegten Umfang wahlbar für den Bundestag gewesen. In jedem Fall haetten wir die 5% - Huerde bei Weitem ueberschritten und so wesentlich die Sitzverteilung des neuen Bundestages mitbestimmt. Ich wäre somit in den Bundestag eingezogen und als Einzelner der DNV haette ich ebenfalls zu einer geaenderten Sitzverteilung im neuen Bundestag beigetragen.

Ich bitte aus tatsaechlichen und insbesondere rechtlichen Gruenden die 18. Wahl zum Deutschen Bundestag durch den Bundeswahlpruefungsausschuss neu anzuberaumen. Die rechtlichen Gruende liegen kausal ausschliesslich im rechtlich relevanten Fehlverhalten des Bundeswahlleiters, der mit einer rechtswidrigen Entscheidung unseren ungehinderten Zugang zur Bundestagswahl erfolgreich, aber trotz allem auf Grund einer objektiven Verletzung des hier bindenden Wahlrechtes, vereitelt hat.

Der Ausschuss moege feststellen, dass die Entscheidung des Bundeswahlleiters allein durchgehend ursaechlich dafuer war, dass ich und die DNV nicht an der Wahl in der Form, wie es Art.20 II GG i. V. m. Art 38 I GG ausdruecklich vorsieht, teilnehmen konnte. Das Fortsetzungsfeststellungsbegehren dauert nach wie vor an und der daraus resultierende Anspruch auf eine Folgenbeseitigung zu Gunsten meiner Person und der hinter mir stehenden Partei k a n n nur noch durch eine N e u w a h l erfuellt werden.

Zusatz:

Diese Bundestagswahl hat dazu gefuehrt, dass sich nun zwei Parteien zu einer grossen Koalition zusammenfinden, die dann 4/5 der Sitze im 18.Deutschen Bundestag innehaben und die politische Opposition auf nur noch 1/5 der Sitze im Bundestag reduzieren. Mit dieser sich dann rechnerisch ergebenden „qualifizierten Mehrheit“ wäre diese Koalition in der Lage sogar Verfassungsänderungen, auch und gerade zum weiteren Nachteil des Wohles der Nation, siehe die vorangegangenen ESM-Entscheidungen, gegen die wir auch vor dem BVerfG geklagt hatten, vorzunehmen. Die noch bestehende und verbleibende Opposition aus „Gruenen“ und „Linken“ wird gerade durch die Offerten der SPD für die Regierungsbeteiligung 2017 für diese anstehende Legislaturperiode absolut erpressbar gemacht. D a s hat mit einer Umsetzung des Volkswillens im Sinne des Art.38 I GG i. V. m. Art.20 II GG nichts mehr zu tun.

.....Ferdinand Karnath

Wahlberechtigter Einsprechender, 22.11.2013

A. Einspruch gegen die Wahl zum 18.Deutschen Bundestag

1. Einspruchsnormtatbestand

Paragraph 2 Abs. 2 WahlPrG

(2) Den Einspruch kann jeder Wahlberechtigte, jede Gruppe von Wahlberechtigten und in amtlicher Eigenschaft jeder Landeswahlleiter, der Bundeswahlleiter und der Präsident des Bundestages einlegen.“

2. Einspruchsberechtigte

b) „...jede Gruppe von Wahlberechtigten, ...“

Paragraph 2 Nr. 2 WahlPrG enthaelt eine Aufzaehlung der Einspruchsberechtigten in allgemein gueltiger Form, kann demnach von mir als Einsprechender zu a), im Rahmen der mir zustehenden Deutungshoheit, als nach Art.3 GG gleichzubhandelndes Gegenueber des Bundeswahlpruefungsausschusses, dahingehend ausgelegt werden, dass der Einspruch meiner Einzelperson zu a) auch mit dem Einspruch einer Gruppe von Wahlberechtigten zusammengefuehrt werden kann, weil die Aufzaehlung des Absatzes zwei durch das Weglassen von trennenden Hinweisen, wie „und“ und/oder „oder“ in dieser Weise gelten kann.

In so fern erhebe ich hiermit unter b) im Namen und im Auftrag einer Gruppe von Wahlberechtigten, in der Ausprägung als politische Partei, bestaetigt und anerkannt mit und durch die Entscheidung des BVerfGes vom 23.07.2013, in der Sache 2 BvR 3/13 als Partei im Sinne des Art.21 GG und den massgeblichen Vorschriften des PartGes, mit dem Namen „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV), als Bundesvorsitzender einen Einspruch nach dem WahlPrG i. V. m. Art.41 I/II GG/44 I BWG gegen die Wahl vom 22.09.2013 zum 18.Deutschen Bundestag.

Die erforderlichen Vertretungsvollmachten der einfachen Mehrheit des erweiterten Bundesvorstandes der DNV liegen in der

Anlage Nr. 1

diesem Schriftsatz bei.

In Erwartung eines abschlaegigen Ergebnisses durch den amtierenden Bundeswahlpruefungsausschuss beabsichtigt die vorgenannte politische Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV), als juristische Person, gestuetzt auf Art.19 II GG und in Anlehnung an die Entscheidungen und Auslegungen des BVerfG zur Beschwerdefuehrereigenschaft einer juristischen Person, nachfolgend dann eine Wahlanfechtungsbeschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht zu erheben.

B. Einspruchsbegründung

bis

C. Ergebnis zu A. und B.

Hinsichtlich des weiteren Textes verweise ich nach oben zum Einspruch unter Nr.1, wobei nun „meine Person“ weggelassen und durch „die Partei „DNV“ ersetzt wird. Inhaltlich bleibt der gesamte Text identisch.

.....Ferdinand Karnath/22.11.2013

Gruppe wahlberechtigter Einsprechender, Partei DNV, vertr. d. d. Bundesvorsitzenden

A. Einspruch gegen die Wahl zum 18.Deutschen Bundestag

1. Einspruchsnormtatbestand

Paragraph 2 Abs. 2 WahlPrG

(2) Den Einspruch kann jeder Wahlberechtigte, jede Gruppe von Wahlberechtigten und in amtlicher Eigenschaft jeder Landeswahlleiter, der Bundeswahlleiter und der Präsident des Bundestages einlegen.“

2. Einspruchsberechtigte

c) „...jede Gruppe von Wahlberechtigten,..."

Im Antwortschreiben des Bundesverfassungsgerichtes vom 09.07.2013 wurde die Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV), tatsaechlich als „F i r m a“ bezeichnet.

Siehe dazu die

A n l a g e Nr. 3

dieses Schriftsatzes.

In so fern möchte ich als Vorsitzender, in dann geltender Inhaber- und Geschäftsfuehrerfunktion, und um Rechtsnachteile zu vermeiden, im Namen und Auftrag derselben, für meine dort „Beschaeftigten“ und meine Person selbst, das Recht des Wahleinspruches wahrnehmen.

In so fern erhebe ich hiermit unter c) im Namen und im Auftrag einer Gruppe von Wahlberechtigten, in der Auspraegung als der vom Bundesverfassungsgericht bezeichneten Firma, mit dem Namen „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV), als Gruender/Inhaber/Geschaeftsfuehrer einen Einspruch gegen die Wahl vom 22.09.2013 zum 18.Deutschen Bundestag.

In Erwartung eines abschlaegigen Ergebnisses durch den amtierenden Bundeswahlpruefungsausschuss beabsichtigt die vorgenannte Firma „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV), als juristische Person, gestuetzt auf Art.19 II GG, eine Wahlanfechtungsbeschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht zu erheben.

3. Einspruch

Der Einspruch muss durch den Einsprechenden bzw. die Einsprechenden im Wesentlichen belegen, dass bei der Wahlvorbereitung oder der Wahldurchfuehrung dessen bzw. deren Recht/e verletzt wurde/n und durch diese Rechtsverletzung der Normtatbestand des Art.41 GG i. V. m. Paragraph 44 BWG eroeffnet wird bzw. ist.

„Der Bundeswahlpruefungsausschuss überprüft die durchgeführte Wahl vielmehr am Maßstab des Rechts. Die Wahlprüfung ist daher eine Rechtskontrolle.“

Im vorliegenden Fall ruegen die Einsprechenden von a) – c), dass der Bundeswahlleiter bei der Bearbeitung der Beteiligungsanzeige vom 03.05.2013, der Nachbesserung der vorgenannten Beteiligungsanzeige vom 12.5.2013 und der weiteren Nachbesserung der

Beteiligungsanzeige vom 15.6.2013 nach Paragraph 18. Abs. 3 Satz 1 BWG und der nachfolgenden Anhoerung vor dem Bundeswahlausschuss am 04.07.2013, deren Rechte dahingehend verletzt hat, dass dieser eine rechtlich nicht haltbare Entscheidung in Form der Nichtzulassung zur Bundestagswahl erlassen hatte, die kausal die Folgen dafuer in Gang setzte, dass die Einsprechenden zur Bundestagswahl zum 18. Deutschen Bundestag nicht auf den Wahlzetteln standen und somit nicht die Sitzverteilung im Bundestag zu ihren Gunsten beeinflussen konnten.

„Abstrakter Gegenstand der Wahlprüfung im engeren Sinn ist nach § 1 Abs. 1 WahlPrG die Gültigkeit der Wahl, negativ ausgedrückt ihre Prüfung auf Wahlfehler. Sinn und Zweck dieser Gültigkeitsprüfung ist allein der Schutz des objektiven Wahlrechts; deshalb kann die Verletzung subjektiver Rechte nach allgemeiner Ansicht nicht Gegenstand des Verfahrens sein, wohl aber sein Anlass.“

B. Einspruchsbegründung

bis

C. Ergebnis zu A. und B.

Hinsichtlich des weiteren Textes verweise ich nach oben zum Einspruch unter Nr.1, wobei nun „meine Person“ weggelassen und durch „die Firma“ „DNV“ ersetzt wird. Inhaltlich bleibt der gesamte Text identisch.

Ergaenzende Fragestellung zur Einspruchsbegründung unter B.:

Wenn das BVerfG uns als Partei als Firma bezeichnet und fuehrt, wer oder was ist dann rechtlich am 04.07.2013 z. B. der Bundeswahlausschuss gewesen, bzw. der Bundestag und in welcher Funktion traten diese auf – ebenfalls als Firma?

Eine Firma ist meinem Rechtsempfinden nach ein auf Gewinnerzielung ausgerichtetes Unternehmen, wo der Inhaber seinen Lebensunterhalt aus dem Gewinn bestreitet.

Wäre es tatsaechlich so, stellt sich die Anschlussfrage dahingehend, auf welcher Rechtsgrundlage ein Verhaeltnis zwischen dem Bundestag und meiner Firma besteht?

Gilt hier das Handelsrecht, weil wir hier mit bundesdeutschem Wahlrecht handeln und nicht danach handeln? Eroeffnen sich nicht auch Haftungsfragen hinsichtlich Schadenersatz und entgangenem Gewinn, wenn das Verhaeltnis zwischen meiner Firma und dem Bundeswahlleiter ein solches auf Handelgesetzbuchebene war?

Der Bundeswahlpruefungsausschuss moechte diese Fragen einmal klaeren, weil ich dem Ersteller des Schreibens des BVerfGes nicht unterstellen moechte, er wuesste im Bereich des hoechsten deutschen Gerichtes nicht, was der Unterschied zwischen einer Partei und einer Firma ist.

Wir werden als Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV) im Internet in diversen Foren und in sozialen Netzwerken staendig mit sogenannten „Reichsbuergern“ in Verbindung gebracht, obwohl wir diese Einzelpersonen und Vereinigungen gar nicht kennen und ihnen deshalb auch nicht angeh hoeren. Insbesondere diese sogenannten „Reichsbuerger“ hantieren mit dem Begriff „Firma“ im politischen Bereich, in dem sogar die BRD als GmbH bezeichnet wird. Wir folgen dieser Auffassung nicht und verwehren uns ausdru uecklich dagegen, als Partei zu einer „Firma“ umgewidmet zu werden.

Besorgniserregend sind insbesondere bestimmte Foren und Gruppen unter offensichtlichem Antifa-Einfluss, also nationalsozialistischer Fuehrung, die politisch Andersdenkende wie die DNV bedrohen und diskreditieren.

Aus dieser Gruppe, z. B. bei Facebook:

<https://www.facebook.com/groups/StaSeVeBRDGmbH/>

wissen wir, dass dort anscheinend vom Staat bezahlte „Trolle“ sitzen und provozieren und Unruhe stiften sollen. Diese Provokationen gehen mittlerweile jedoch so weit, dass man strafrechtlich relevant öffentlich diskreditiert und herabgewuerdigt wird und sogar stellenweise im Sinne des Paragraphen 130 I/II StGB volksverhetzt wird.

Aehnliches kann man auch diesem Forum beispielhaft entnehmen, welches seine „Geschichte“ und Entwicklung auf der Startseite sehr gut: darlegt

<http://www.sonnenstaatland.com/2013/10/10/die-geschichte-des-reichsdeppenforum/#more-401>

Das Wesentliche daran ist, dass es gezielte Angriffe auf unsere Partei „DNV“ gegeben hat und weiterhin gibt. Dies beginnt mit wuesten Beschimpfungen und endet in der bewusst wahrheitswidrigen Unterstellung, Dinge wie die Ermordung der Juden in Deutschland zu leugnen. Hier wird anscheinend mittels Unterstuetzung staatlicher Stellen oder parteinaher Organisationen der im Bundestag vertretenen Parteien dieser vorgenannten Gruppen und Foren eine oeffentliche Hetzjagd auf politisch Andersdenkende getaetigt, die sich kaum noch vom Vorfeld der politischen Verfolgung im Jahr 1933 unterscheidet.

Welchen gemeinsamen Hintergrund haben all diese eigenartigen Verlaeuft und Entwicklungen in unserem Staat und der Tagespolitik, so dass sich die politische Atmosphaere immer weiter negativ auflaedt und die subtile, aber eigentlich unbegruendete Angst vor politischer freier Betaetigung immer staerker geschuert wird?

Schon aus diesem Grund sehen wir es als notwendig an, dass der Staat endlich wieder einen sogenannten Ruhepol aus dem nationalen konservativen Spektrum bekommt. Wir betrachten uns als „DNV“ als eine solche politische Bewegung und Kraft, der es gelingen koennte, dieses Erfordernis zu erfuellen, man muesste uns nur rechtlich einwandfrei zulassen.

.....Ferdinand Karnath/22.11.2013

Gruppe wahlberechtigter Einsprechender, Firma DNV, vertr. d. d. Geschaefsinhaber